

# Die neue Hochschule

für anwendungsbezogene Wissenschaft und Kunst

## NIEDERSACHSEN

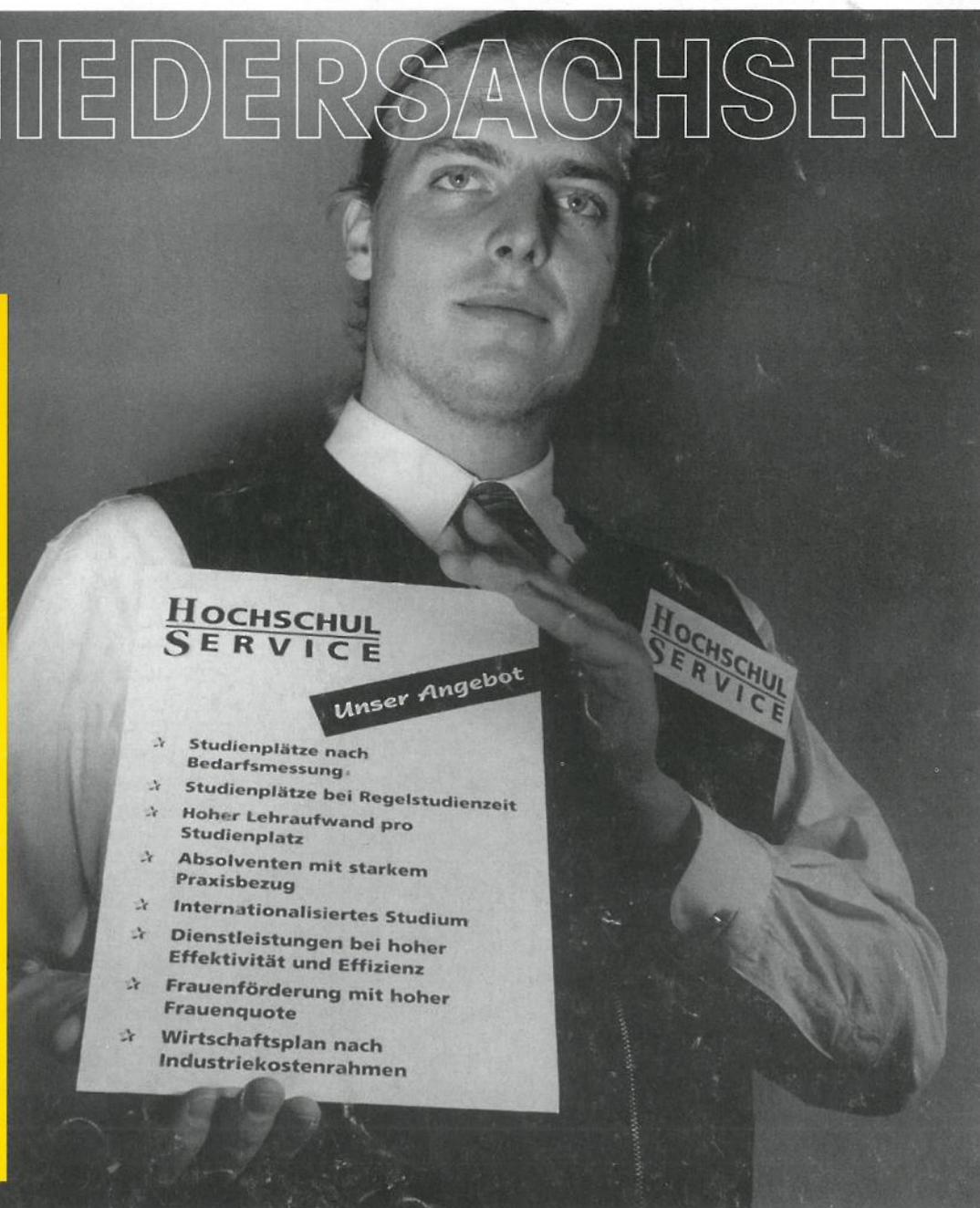
**Große Hochschul-  
diskussion in Hannover**

**Palandt:  
Globalhaushalte**

**Seidel:  
Evaluationsagentur**

**Schnell/Wehberg:  
Evaluationserfahrungen**

**Kirsch:  
Bündelung  
der Ressourcen**



# LEARN Hochschule

**6. Europäischer Kongress und  
Fachmesse für Bildungs- und  
Informationstechnologie**

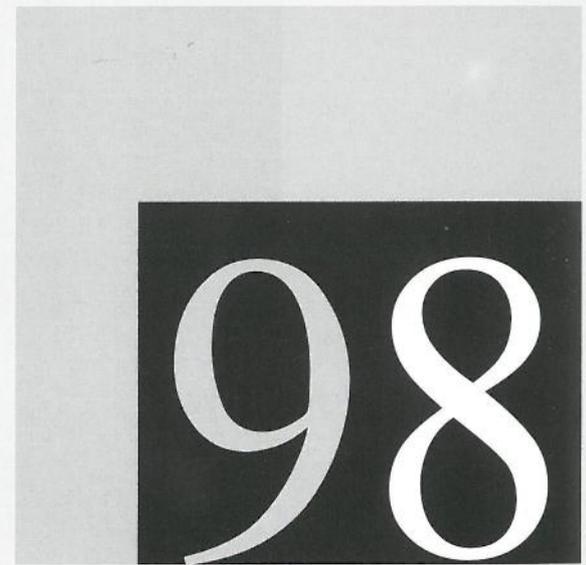
- Führender Fachkongress im deutschsprachigen Raum zum Thema "Virtuelle Hochschule / Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien in der Hochschullehre"
- Entwicklungsstand und Einsatzmöglichkeiten von Multimediatechnologien in Forschung und Lehre
- Konzepte zur Virtuellen Hochschule aus dem In- und Ausland
- Hochschul- und mediendidaktische Konzepte für den Hypermedia-Einsatz in der akademischen Lehre
- Empirische Forschungsergebnisse und Evaluationsstudien über den Multimediaeinsatz an Hochschulen
- Softwarebörse Hochschule/Wirtschaft: Hochschulangehörige präsentieren die von ihnen entwickelten Produkte und Programme
- Fachmesse: Entwickler und Anwender technologiegestützter Lehr- und Lernsysteme bieten einen umfassenden Überblick über den aktuellen Entwicklungsstand

**Pilotprojekt "Virtueller Kongress":  
Viele reden davon, wir machen ihn**

# TEC

**3.+4. Feb. 98**

# LEARNTEC



# KARLSRUHE



**Informationen:**  
Karlsruher Kongress- und  
Ausstellungs-GmbH  
Festplatz · D-76137 Karlsruhe

Tel.: +49-721-3720-137  
Fax: +49-721-3720-139  
<http://www.kka.de/learntec>  
e-mail: [learntec@kka.de](mailto:learntec@kka.de)

**Microsoft**

Schwäbisch Hall Service GmbH  Schwäbisch Hall Training GmbH

**SAP**

**intel**

**swisscom**

**HUGHES**

COMMERZBANK 

Deutsche Telekom 

**SIEMENS**

**OE**  
Dieckmann Education

  
the blue window®  
SWITZERLAND'S INTERNET SERVICE

# Die HRG-Novelle: Wohin geht die Reise?

Die vierte Novelle zum Hochschulrahmengesetz durchläuft in diesen Tagen die parlamentarischen Verfahren, um dann im Frühjahr in Kraft zu treten. Kenner der Situation sind ausnahmsweise einer Meinung: Entweder wird die Gesetzesänderung jetzt die Hürden nehmen, oder es wird in der nächsten Legislaturperiode ein echter Regierungsentwurf auf dem Tisch liegen. Der augenblickliche Entwurf ist von seiner Genese nicht die typische Regierungsvorlage sondern ein Kompromiß, der durch eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Bundes und der Länder erarbeitet wurde. Zu diesem Zeitpunkt hat fast kein politisch Interessierter damit gerechnet, daß nach dem Scheitern der Steuerreform und anderer Gesetzesvorhaben eine Einigung an dieser Nahtstelle von Bundes- und Landespolitik möglich gewesen wäre, zumal ein harter Bundestagswahlkampf vor der Tür steht.

Ein Kompromiß kann keine der ihn schließenden Parteien voll zufriedenstellen. Jede Seite mußte Abstriche auch im Bereich ihrer wesentlichen Forderungen hinnehmen. Auf der einen Seite ist dies z.B. die nicht erfolgte Festschreibung eines Verbotes von Studiengebühren, auf der anderen Seite die weitgehende Freigabe der internen Hochschulorganisation. Schnell geschnürte Paketlösungen enthalten oft unbeabsichtigte Fehler, die unerwünschte Konsequenzen nach sich ziehen. Auf einen solchen Fehler in § 19 Abs. 3 hat die *h/b*-Bundesvereinigung hingewiesen. Die entsprechende Bestimmung wurde ersatzlos gestrichen.

Von der hochschulpolitischen Öffentlichkeit ist die Gesetzesänderung seinerzeit weitgehend positiv beurteilt worden, vielen gingen die Regelungen allerdings nicht weit genug, wenn auch die Richtung stimmte.

Aus der Sicht des Hochschullehrerbundes sind die folgenden Punkte besonders positiv zu sehen:

- Die Erprobung von Bachelor- und Master-Studiengängen
- Die flächendeckende Einführung eines Credit-Point-Systems
- Die Aufnahme von Multimedia im Gesetz

- Die vollständige Freistellung für Forschungsvorhaben.

Andere Passagen der Novelle sieht der *h/b* eher kritisch:

- Die Aufhebung der Regelungen zur Hochschulorganisation
- Die Erweiterung der Studienberatung durch zusätzliche Sprechstunden
- Die Zeitprofessur als möglicher Regelfall



- Der Wegfall der Stimmenmehrheit der Professorinnen und Professoren in Fragen der Lehre.

Unter Abwägung aller Vor- und Nachteile und dessen, was hätte kommen können, muß klar konstatiert werden, daß für den Fachhochschulbereich und die dort Lernenden und Lehrenden die Vorteile die Nachteile bei weitem überwiegen.

Die Richtung steht fest: das Erreichen der ersten Station, d.h. das Inkrafttreten der 4. HRG-Novelle ist wahrscheinlich. Es stellt sich nun die Frage: Sind der weitere Streckenverlauf und wichtige Haltepunkte bekannt? Dies scheint so zu sein.

Die HRK hat sich auf ihrer Plenarsitzung am 10. November 1997 in Bonn mit großer Mehrheit positiv zur Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge mit Akkreditierung an internationalen Maßstäben und „diplomasupplement“ im Abschluszeugnis ausgesprochen. Sie schlägt weiterhin vor,

den Inhabern von qualifizierten Abschlüssen eines Masterprogramms die Möglichkeit einzuräumen, sich um die Zulassung zum Promotionsstudium bzw. um die Annahme als Doktorandin oder Doktorand zu bewerben. Ärgerlich ist, wenn in diesem Beschluß das Diplom der Fachhochschulen mit dem des Bachelor-Honors gleichgesetzt wird, obwohl bekannt ist, daß dies nicht für die USA gilt, nicht alle Fächer trifft und der Zusatz „Honors“ in der Diskussion leicht vergessen wird. Auch der Vorschlag der HRK, die Zulassung von Master-Absolventen zu Promotionsstudien bzw. deren Annahme als Doktorand könne mit der Forderung nach zusätzlichen Studien- und Prüfungsleistungen verbunden werden, geht über das ohnehin schon mögliche und landesrechtlich gewollte nicht hinaus.

Als nächster Haltepunkt ist eine Reform des Dienstrechts einschließlich der C-Besoldung zu erkennen. Dem Vernehmen nach sollen die Dienstaltersstufen in allen Besoldungsgruppen verringert und anders geschnitten werden. Die dadurch freiwerdenden Mittel sollen unter Beachtung der Kostenneutralität in befristete nicht ruhegehaltfähige Leistungszulagen umwandelt werden. Für im System befindliche Kolleginnen und Kollegen ist die große Besitzstandswahrung vorgesehen. Es ist äußerst fraglich, ob bei einer möglichen faktischen individuellen Absenkung der Gehälter in den einzelnen Besoldungsgruppen qualifizierte Bewerber aus der Praxis für die Fachhochschulen gewonnen werden können, zumal das Grundübel der FH-Besoldung – die ungerechtfertigte und demotivierende Besoldungsgruppe C 2 – damit nicht abgeschafft wird.

Am Ende bleibt zu hoffen, daß die Reformfähigkeit genutzt wird, um auch die letzten verkrusteten Strukturen in der Hochschulpolitik aufzubrechen. Noch immer - und in den letzten Wochen wieder nachdrücklich durch den Bundesinnenminister bestätigt - wird Absolventen der Fachhochschulen der Zugang zum Vorbereitungsdienst des höheren Dienstes verwehrt. Dies kann und darf nicht sein.

*Prof. Werner Kuntze, Präsident des h/b*

### Kleinster ministerieller Konsens

Am 20. November besuchten der Präsident des h/b, Werner Kuntze, und Geschäftsführer Mücke den Generalsekretär der Kultusministerkonferenz (KMK), Schultz-Hardt, in Bonn. Der Abteilungsleiter Hochschulen, Thierfelder, berichtete über die Arbeit verschiedener Arbeitsgruppen.

Je größer der Freiraum der Länder, desto größer ihr Bedürfnis nach Abstimmung. So ist es nicht verwunderlich, daß die KMK gerade in diesem Jahr vielfältige Aktivitäten entwickelt hat. Daß in der Vergangenheit wenig Ideen umgesetzt werden konnten, lag wohl weniger am Tempo der Arbeit innerhalb der KMK als an der Uneinigkeit der Länder-Ressorts Bildung/Wissenschaft, Innen und Finanzen. Nur ein Vorschlag, der allen Interessen gerecht wird, hat Aussicht auf Erfolg. Das aber verlangt gerade heutzutage nahezu übermenschliche Qualitäten, steht doch das Verlangen der Finanzseite nach Kosteneinsparungen im Vordergrund.

### Internationale Studiengänge

Unter diesem Vorzeichen stehen auch die Möglichkeiten der Länder, die Erprobung von Bachelor- und Master-Studiengängen zu genehmigen. Die

Grundsätze ihrer Struktur sind Chefsache. Die Ministerpräsidenten werden sich damit beschäftigen. Dabei sind die Signale des Arbeitsmarktes, so die KMK, uneinheitlich. Ob die Unternehmen Bachelor-Absolventen abnehmen werden, ist nicht sicher. Nach Einschätzung der KMK ein rein deutsches Problem, denn im Ausland werden Bachelor-Absolventen eingestellt. Aber auch für deutsche Absolventen hat der Bachelor einen Vorteil: Sie können leichter ins Ausland wechseln. Der Austausch mit ausländischen Hochschulen findet hauptsächlich im Hauptstudium statt.

Ein Problem, das zeigten bisher alle Gespräche, ist für die staatliche Seite die Form der Anerkennung der Studien- und Prüfungsordnungen. Es fällt schwer, dieses staatliche Monopol einer unabhängigen Akkreditierungsinstanz zu überlassen. Dabei konnte Präsident Kuntze auf gute Erfahrungen der Fachhochschulen verweisen. Sie wurden bei Beteiligung an ausländischen Master-Programmen schon mehrfach evaluiert und bis auf eine Ausnahme akkreditiert.

### Personalgewinnung

Die Suche nach geeignetem Professorenwachstum für die Fachhochschulen gestaltet sich schwierig. Die Politik besitzt hier kaum Möglichkeiten zur Steuerung. Um so hilfloser liest sich der erste Entwurf für ein Papier zur Personalgewinnung an Fachhochschulen. Er besitzt eher Abschreckungspotential denn Vorschläge für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Konkurrenten wie Universitäten, Unternehmen und Verwaltungen.

Um der Dreiecksbeziehung Wissenschaft-Innen-Finanzen für den Bereich der FH-Besoldung gerecht zu werden, unterbreitete eine Arbeitsgruppe der KMK den Vorschlag einer einheitlichen Besoldung nach C2. Die Bestürzung auf Fachhochschulseite war groß, so daß der Vorschlag den Hochschulausschuß nicht erreichte.

Geblieben ist das Bestreben, eine leistungsgerechte Besoldung einzuführen, die zum einen kostenneutral umgesetzt, zum anderen auf alle Hochschularten angewendet werden kann. Der Katalog muß, das stellte Präsident Kuntze klar, den veränderten Bedingungen an den Fachhochschulen gerecht werden und die Sichtweise der jungen Kolleginnen und Kollegen berücksichtigen. C 3 muß als einheitliche Grundbesoldung eingeführt und mit Leistungszulagen versehen werden. Wer C 2 festschreibt, verkennt das Potential der Fachhochschulen.

### Fächerspektrum

Der Fachrichtungskatalog der KMK konnte die Expansion der Fachhochschulen durch Ausweitung des Studienangebotes nicht aufhalten. Der Katalog, zunächst mit Ordnungsfunktion ausgestattet, besitzt heute lediglich informativen Charakter. Doch entscheidende Durchbrüche, die auch quantitativ bemerkenswert wären, haben nicht stattgefunden. Daher können Einbrüche in den Ingenieurwissenschaften nicht hinreichend durch andere Angebote aufgefangen werden.

### Lehrverpflichtung

Lediglich informativen Charakter wünschte man sich auch für die Vereinbarung über die Lehrverpflichtung an Hochschulen. Sie besteht demnächst sieben Jahre; kein Grund zum Feiern. Der Bedarf an dauerhaft orientierter Qualifikation der Lehrenden an Fachhochschulen wird innerhalb der KMK wohl gesehen, auch die Notwendigkeit, Freiräume für Forschung zu schaffen, doch Ansätze für eine –kostenneutrale– Umsetzung fehlen.

Ideen sind gesucht, das gilt nicht nur für die Fachhochschulen. Es steht zu befürchten, daß dieser Kreativität durch Innen- und Finanzpolitik enge Grenzen gesetzt sind. mk.

### FH-Absolventen in den höheren Dienst Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, eine Änderung des Laufbahn- und Dienst- rechts zu prüfen.

Bonn, den 9. Dezember 1997. Der Bund-Länder-Arbeitskreis für Beamtenrechtsfragen hatte es am 1. Oktober 1997 einstimmig abgelehnt, FH-Absolventen unmittelbar zum höheren Dienst zuzulassen. Entgegen dieser Ablehnung hat der Bundesrat in seiner Sitzung am 28. November die Bundesregierung gebeten, eine Änderung des Laufbahn- und Dienstrechts zu prüfen, die FH-Absolventen die Möglichkeit des Zugangs zum höheren Dienst eröffnet. Eine Prüfung ist nach Ansicht des Bundesrates deshalb angezeigt, weil einerseits das Ausbildungsniveau an Fachhochschulen in den letzten 2 Jahrzehnten deutlich angehoben worden ist, andererseits sich die Tätigkeitsfelder im höheren Dienst umfassend gewandelt haben.

Die Verhandlungen einer Arbeitsgruppe bestehend aus BMI, BMBF und HRK waren erst vor kurzem ohne Ergebnis gescheitert. Der h/b hatte sich in diesem Jahr intensiv darum bemüht, FH-Absolventen den Zugang zum Vorbereitungsdienst zu öffnen und hierfür Befürworter im Bundestag gewonnen. mk.



V.l.n.r.: Mücke (h/b-Geschäftsführer), Schultz-Hardt (Generalsekretär der KMK), Kuntze (h/b-Präsident)

# Die neue Hochschule

Heft 6 · Dezember · 1997

## LEITARTIKEL

**Werner Kuntze**

Die HRG-Novelle: Wohin geht die Reise?

## h/b-AKTUELL

**Kleinster ministerieller Konsens**

**Die Hochschule für ein Europa der Regionen**

**Grußwort des Bayerischen Staatsministers Hans Zehetmair**

**Innovationen in den Ausbildungssystemen**

## AUFSÄTZE

**Klaus Palandt**

Globalhaushalte für alle Fachhochschulen in Niedersachsen

**Hinrich Seidel**

Perspektiven schaffen durch Evaluation

**Wolfgang Schnell und Josef Wehberg**

Erfahrungen mit der Evaluation

**Dietrich Kirsch**

Bündelung der Ressourcen

## RUBRIKEN

**FH-Trends**

**Aus Bund und Ländern**

*Baden - Württemberg: Studentin im FB Bauingenieurwesen der HfT in Stuttgart erhält den CDA-Preis*

*Bayern: Schulter schließt des VHB mit den FH-Präsidenten*

*Brandenburg: Düstere Zukunft in Brandenburg*

*Hamburg: Hamburg will Praxisbezug der Hochschulen stärken*

*Rheinland - Pfalz: Für eine schrittweise Lösung der Hochschulprobleme*

**Informationen und Berichte**

*VDI erarbeitet künftiges Berufsbild*

*Fit für die ökologische Herausforderung*

*Neue Lieferung zum HRG-Kommentar von Hailbronner*

*Eine Million für FHM-Forschung*

**Leserbrief**

**Neues von Kollegen**

**Neuberufene**

## Impressum

**Herausgeber:** Hochschullehrerbund - Bundesvereinigung - e.V. (h/b)

**Verlag:** h/b, Rüngsdorfer Straße 4 c, 53173 Bonn, Telefon (0228) 352271, Telefax (0228) 354512 E-mail h/bbonn@aol.com

**3 Schriftleitung:** Prof. Dr. Dorit Loos  
Buchenländer Str. 60, 70569 Stuttgart,  
Telefon (0711) 682508, Telefax (0711) 6770596  
E-mail d.loos@t-online.de

**4 Redaktion:** Prof. Dr. Dorit Loos  
Dr. Hubert Mücke

**6 Redaktionsassistentz:** Comelia Brenig, M.A.

**7 Anzeigen:** Comelia Brenig, M.A.

**8 Titelbild:** Prof. Wolfgang Lüftner

Verbands offiziell ist die Rubrik „h/b-AKTUELL“. Alle mit Namen des Autors/der Autorin versehenen Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Auffassung des h/b sowie der Mitgliedsverbände.

**11 Erscheinungsweise:** zweimonatlich  
Jahresabonnements für Nichtmitglieder  
DM 81,— (Inland), inkl. Versand  
DM 81,— (Ausland), zzgl. Versand

**12 Probeabonnement auf Anfrage**  
Erfüllungs-, Zahlungsort und Gerichtsstand ist Bonn.

**15 Herstellung und Vertrieb:**  
CICERO, Auguststraße 12, 53229 Bonn

**Inserenten:**

**17 Learntec** U2

**Stifterverband**  
Aktionsprogramm  
„Studienreform - Profilbildung - Wettbewerb“ S.14

**AIS:**  
Beamte finanzieren anders S.14

**26 Verlag Recht und Wirtschaft:**  
Grundstudium Betriebswirtschaftslehre S.23

**Prestel Verlag:**  
Universitäten in Deutschland  
Fachhochschulen in Deutschland S.25

**19**

**19**

**19**

**20**

**21**

**Das Heft 1/98**

**mit dem Schwerpunkt**

**Hessen**

**erscheint**

**26 am 26. Februar 1997**

**25**

**28**

Vorschau

## Die Hochschule für ein Europa der Regionen

Die Bundes-Delegiertenversammlung des hIb fand in diesem Jahr an der Fachhochschule Amberg-Weiden statt.

„Die Fachhochschule ist die Hochschule der Zukunft,“ so der Präsident des hIb, Werner Kuntze, während der Auftaktveranstaltung zur diesjährigen Bundes-Delegiertenversammlung an der Fachhochschule Amberg-Weiden. Die Zukunft des Wirtschafts- und Bildungsstandortes Deutschland liegt in Europa und in einer globalisierten Welt; jeder Provinzialismus würde dem Standort schaden. Mit diesen Worten wehrte Kuntze alle neuerlichen Versuche ab, die Differenzierung der Hochschularten auch auf internationale Abschlüsse übertragen zu wollen. Wenn Deutschland den Anschluß an die internationale Entwicklung finden wolle, dann brauche es autonome Hochschulen mit der Möglichkeit, ein eigenständiges Profil zu entwickeln. „Das schaffen die Hochschulen“, so Kuntze, „nur in gemeinsamer Kraftanstrengung aller Mitglieder und Mitarbeiter“. Die Verlängerung des starken Arms der Ministerien durch alleinregierende Personen an der Spitze der Hochschulen müsse diesen Prozeß stören. Der kollegiale Gedanke an den Hochschulen sei zu fördern, die kollegiale Leitung von Hochschule und Fachbereich sowie die Aufsichtsfunktion der zentralen Gremien seien zu stärken.



Prof. Dr. August Behr, Präsident der FH Amberg-Weiden

## Hochschule einer europäischen Region

Der Präsident der Fachhochschule Amberg-Weiden, August Behr, stellte seine Fachhochschule als gelungenes Beispiel für die Hochschule einer europäischen Region dar. Für die Region sei sie Wirtschaftsfaktor und kulturelles Element zugleich. Sie wirke einem Ausbluten der Region entgegen; die Abwanderung der Studierwilligen werde verhindert. Die



Die Delegierten auf der Bundesdelegiertenversammlung in Amberg

Fachhochschule bringe sich in das Marketing der Region ein; das Prädikat „Hochschulregion“ fördere das Image der Oberpfalz. Diese galt früher als unterentwickelte Region, heute sei Aufbruchstimmung zu spüren, so auch Regierungspräsident Metzger. Die Gründung der Fachhochschule habe zu einer beschleunigten Umsetzung weiterer Investitionen geführt.

## Bildung braucht Geld

Die Vertreter des hIb kamen aus allen Bundesländern. Sie waren beeindruckt von dem, was an baulicher Substanz vorhanden und an Bauten entstanden war. Kein Wunder, hat doch allein Bayern seine Mittel für den Hochschulbau nennenswert aufgestockt, während andere Länder ihre Ausgabensumme hielten oder sogar absenken mußten. Aber nicht nur das Land, nein, auch die Kommunen und indirekt die Wirtschaft haben ihren Beitrag zur Finanzierung geleistet. Nur ein Anheben der Gewerbesteuer konnte die gute Lage und Ausstattung des Hochschulstandortes Weiden sicherstellen.

## Wettbewerb der Systeme

Die Fachhochschule muß sich vor dem Hintergrund gewandelter Rahmenbedingungen neu bewähren, so Dietrich Grille, Vorsitzender des hIb-Landesverbandes Bayern (VHB), der daran erinnerte, daß die Fachhochschulen in einer Zeit gegründet wurden, die durch technologische Expansion und den Wettbewerb der Systeme gekennzeichnet war. Heute sind Arbeitslosigkeit und knappe

öffentliche Kassen der alles prägende Rahmen. Ein Wettbewerb der Systeme findet nicht statt. Trotzdem verspreche die Hochschulpolitik, die Fachhochschulen auszubauen, runde aber gleichzeitig das Angebot der Universitäten ab.

Auch der Journalist Malte Buschbeck bezeichnete die Fachhochschule als Gewinner der vergangenen 20 Jahre. Aber nicht aufgrund politischer Vorgaben oder gar gesetzgeberischer Tätigkeit, sondern „weil dort mehr zu bewegen war als an den Universitäten.“

## Streitpunkt Hochschulrat

Sollte sich der Staat aus seiner Aufsichtspflicht zurückziehen? Brauchen die Hochschulen ein Aufsichtsgremium, das dem Wohl gesellschaftlicher Gruppen verpflichtet ist? An diesen Fragen scheiden sich die Geister. Bayern verteidigt sein Modell eines Hochschulrates, der die Aufgaben des Wahlgremiums (Konzil) übernimmt und als Aufsichtsrat die Geschäfte des Rektors oder Präsidenten kontrolliert. Die Bayerische Staatsregierung sieht auch die Notwendigkeit, ein Bindeglied zu den Unter-

nehmen herzustellen. *Walter Winkler*, mittelständischer Unternehmer aus der Oberpfalz und FH-Absolvent, erhofft sich von diesem Modell eine engere Anknüpfung der Hochschulen an die Interessen der Wirtschaft. *Dorle Baumann*, stellvertretende Vorsitzende des bayerischen Kultusausschusses, sieht dagegen die demokratische Struktur der Hochschulen und die Mitbestimmung der Studierenden gefährdet. Auch wird auf SPD-Seite gemutmaßt, die Ministerien würden keinesfalls von Arbeit entlastet, sondern hätten im Streit der Gremien die Rolle eines Schlichters zu spielen.

Entscheidend für die Funktionsfähigkeit des Hochschulrates ist dessen Zusammensetzung. Dieser darf auf keinen Fall zum Marionettentheater verkommen, das als Versorgungssystem erhalten muß.

### Einheit in Vielfalt

Das alte Hochschulrahmengesetz bietet den Ländern auch heute schon großen Spielraum. Diesen haben sie in der Vergangenheit genutzt. Das neue HRG vollzieht diese Entwicklung nach. Vorliegende Gesetzentwürfe aus den Ländern zeigen, das die Länder Formulierungsvorschläge des Bundes dankbar aufgreifen und ihrerseits nicht daran interessiert sind, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse der Vielfalt des Möglichen zu opfern. Allein das überstrapazierte föderale System und der längst begonnene Wahlkampf lassen die Profilierung einzelner Ländervertreter auf Kosten des Gemeinwohls begründen, akzeptieren sollten wir es nicht.

mk.

## Grußwort des Bayerischen Staatsministers für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, *Hans Zehetmair*, zur *hib*-Bundesdelegiertenkonferenz in Amberg und Weiden am 14./15.11.1997

Als bayerischer Kultusminister freue ich mich, daß die Bundesvereinigung der Fachhochschulprofessoren ihre Bundesdelegiertenkonferenz in Bayern ausgerichtet. Meine Grüße und meine besten Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf gelten dem Präsidenten der *hib*-Bundesvereinigung, Herrn *Professor Kuntze*, dem Vorsitzenden des VHB, Herrn *Professor Dr. Grille* und allen Delegierten und Teilnehmern, die den Weg nach Amberg gefunden haben.

Ich halte es für eine glückliche Entscheidung, daß der Hochschullehrerbund diese Zusammenkunft am Standort einer neuen Fachhochschule einberufen hat. Gerade an diesen jungen Fachhochschulen ist die Aufbruchstimmung zu spüren, auf die wir im Hochschulwesen heute mehr denn je angewiesen sind. Die Fachhochschule Amberg-Weiden mit ihrem engagierten Präsidenten *Dr. Behr*, den ich ganz herzlich in den Kreis der zu Begrüßenden einbeziehen möchte, ist dabei in besonderem Maße prädestiniert, diesen Pioniergeist zu vermitteln. Lassen Sie sich also bei den Themen, die Sie heute und morgen zu behandeln haben, etwas vom Elan Ihrer Gastgeber inspirieren.

Wir befinden uns gegenwärtig in einer Phase des Umbruchs und des Wandels. Uns allen ist bewußt, daß – wie in unserer Gesellschaft insgesamt – auch im Hochschulwesen grundlegende Veränderungen erforderlich sind, wenn wir unseren hohen Leistungsstand und Lebensstandard erhalten und weiter ausbauen wollen. Die Veränderungen in den Rahmenbedingungen unseres Lebens und unserer Arbeit sind offenkundig: Internationalisierung und Globalisierung, multimediales Zeitalter, beschleunigter Strukturwandel in der Wirtschaft. Das sind Chiffren für die Herausforderungen, mit denen wir uns konfrontiert sehen. Wir alle sind aufgerufen, uns diesen Anforderungen zu stellen und unseren Beitrag zu leisten, damit wir die richtigen Antworten auf die Vielzahl neuartiger Fragestellungen finden – und umsetzen!

Veränderung erzeugt zunächst Verunsicherung, Ängste und Widerstand. Bestehendes und bislang Bewährtes, mit dem man sich mehr oder weniger gut arrangiert hat, wird in Frage gestellt, Neues,

dessen Auswirkungen man noch nicht abschätzen kann, soll an seine Stelle treten. Es ist nur zu verständlich, daß dies bei den Betroffenen Unbehagen auslöst. Mich überrascht deshalb nicht, daß die Reformkonzepte im Hochschulbereich – sei es die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes auf Bundesebene oder der Gesetzentwurf zur Umsetzung der Hochschulreform in Bayern – sehr intensiv und auch sehr kontrovers diskutiert werden.

Veränderung gibt aber nicht nur den Institutionen, sondern jedem einzelnen auch die Chance zu neuem Beginn, sofern man sich für das Neue aufgeschlossen

zeigt, es aktiv mitgestaltet und für seine Zielvorstellungen nutzbar macht. Mein Appell an Sie als Delegierte und Verbandsvertreter der Professorenschaft an den Fachhochschulen lautet daher: Nutzen Sie diese Chance, reagieren Sie auf die Reformvorschläge der Politik nicht in Abwehrhaltung und passiv als Betroffene und als Bedenkenräger, sondern engagieren Sie

sich aktiv als Mitgestalter und Wegbegleiter der Reform; denn diese kann nur mit den Hochschulen, keinesfalls aber ohne oder gar gegen die Hochschulen gelingen.

Den Hochschulen als Zentren der Wissenschaft, der Lehre und der Forschung kommt eine natürliche Vorreiterrolle und damit auch eine gesteigerte Verantwortung zu. Hier werden heute die Themen diskutiert, die für unsere künftige Entwicklung von Bedeutung sein werden, hier werden jetzt die jungen Leute ausgebildet, die in Zukunft die Schlüsselpositionen in unserer Gesellschaft einnehmen. Soll unser Gemeinwesen innovationsfähig bleiben, liegt es daher zuerst und vor allem an den Hochschulen, und damit an Ihnen, neue Entwicklungen anzuregen, aufzunehmen und mitzutragen. Wer aber Impulse für Innovationen geben will, muß selbst aufgeschlossen für Neuerungen sein.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen hier in Amberg konstruktive, anregende und hoffentlich auch persönlich bereichernde Diskussionen. Versuchen Sie nach getaner Arbeit aber auch noch etwas Zeit zu finden, um sich in den historischen Städten Amberg und Weiden und in ihrer Umgebung umzusehen. Sie werden nicht enttäuscht sein.



**Wir planen ein**

**Schwerpunktheft**

**Arbeitsmarktchancen/**

**Existenzgründungen 2/97**

**und Hochschulpolitik**

**der Parteien**

**(voraussichtlich 3/98)**

**Wir bitten die**

**Kolleginnen und Kollegen**

**um Beiträge**

# Innovationen in den Ausbildungssystemen

## Große Hochschuldiskussion in Hannover

Am 27. November fand an der Fachhochschule Hannover eine Diskussionsveranstaltung des *hlb*-Landesverbandes Niedersachsen und Sachsen-Anhalt statt. Sie sollte dazu dienen, den Problemstau in Wirtschaft, Gesellschaft und Hochschulen aufzuarbeiten. Die Veranstaltung erhielt besondere Aktualität durch studentische Proteste, die zeitgleich in Bonn stattfanden. Dort demonstrierte man für mehr Geld, mehr Lehrpersonal und mehr Mitbestimmung. In Hannover stand die Qualität der Anforderungen an Studienanfänger von seiten der Fachhochschulen, an Absolventen von seiten der Unternehmen, an vorhandene und geplante internationale Abschlüsse, an die Qualität der Lehre und schließlich an die Besoldung der Hochschullehrer im Zentrum des Interesses der bis zu 300 Teilnehmer.

Zu den einzelnen Themen hatte der *hlb* Experten aus Politik, Wirtschaft und Hochschule gewinnen können. Neben der Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Frau *Helga Schuchardt*, und dem Abteilungsleiter Hochschulen im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, *MinDir Hans-Rainer Friedrich*, waren *Horst Horrmann*, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und für die F.D.P. Stud. Dir. *Hans-Michael Goldmann* anwesend. Als Sachverständige konnten Frau Dr. *van Berk*, VW-Coaching-GmbH, *Hermann Reuke* von der niedersächsischen Evaluationsagentur und *MSc. Michael Lampérth* vom Imperial College London gewonnen werden. Herr Prof. Dr.-Ing. *Klaus-Dieter Klee* von der Fachhochschule Hannover berichtete zum Thema Eingangsqualifikationen der Studierenden. Frau Prof. Dr. *Diemut Majer*, Karlsruhe, führte moderierend durch die Themen. Vertreter der Hochschule Tampere/Finnland verfolgten die Diskussionen, Studierende der Fachhochschule Hannover verbanden die Veranstaltung mit einer Projektstudie.

Die Berichtersteller präsentieren die Ergebnisse in der Reihenfolge des Tagungsverlaufs.

### Anforderungen an Absolventinnen und Absolventen in der Praxis

#### Statement von Frau Dr. van Berk, Geschäftsführerin der VW-Coaching GmbH

##### Aktuelle Entwicklungen in Unternehmen

Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten und Geschwindigkeit des Wandels in Unternehmen sind die Herausforderungen von heute und morgen. Diese Veränderungen im Umfeld des Unternehmens haben zu einem tiefgreifenden Transformationsprozess mit hoher Veränderungsgeschwindigkeit im Unternehmen geführt. Dieser Prozess dient dazu, alle Aktivitäten im Unternehmen konsequent auf das flexible Erfüllen aller Kundenwünsche hin zu orientieren.

Der Schlüssel, um das strategische Unternehmensziel der Kundenbegeisterung zu erreichen, sind selbständige Mitarbeiter, die im Rahmen von Empowerment autorisiert werden, schnell und eigenverantwortlich Entscheidungen zu treffen. Strukturell spiegelt sich Empowerment in flachen Hierarchien, in umfassender Teamarbeit und in einer prozessorientierten Unternehmensstruktur wider. Die Einführung von Business Units macht Mitarbeiter und Führungskräfte zu „Unternehmen im Unternehmen“ und aktiviert umfassend das Ideenpotential aller Mitarbeiter.

Die tiefgreifenden Veränderungen im Unternehmen stellen neue und höhere Ansprüche an alle Mitarbeiter. Dies schlägt sich auch in den Ansprüchen nieder, die das Unternehmen an Hochschulabsolventen als potentielle neue Mitarbeiter stellt.

So legt Volkswagen bei allen Hochschulabsolventen nicht nur großen Wert auf fachliche Qualifikation, wie sie durch ein gutes Examen nach einem zügigen Studium nachgewiesen wird, sondern verlangt und fördert vor allem auch die überfachlichen Schlüsselqualifikationen.

Grundlage für die Auswahl und Entwicklung der Mitarbeiter ist das sogenannte „4 M-Profil“. 4 M steht für:

- Multifunktionalität
- Mitgestaltung
- Mobilität
- Menschlichkeit

Der rasante Wandel im Unternehmen führt zu einem deutlichen Wandel von Aufgaben und Aufgabeninhalten. Wir brauchen daher Mitarbeiter, die flexibel und multifunktional einsetzbar sind und eine hohe Lern- und Veränderungsbereitschaft mit sich bringen. Bei Hochschulabsolventen wird daher geprüft, ob auch außerhalb des Studiums Lerngelegenheiten gesucht wurden.

Flache Hierarchien und selbständig agierende Business Units verlangen selbständig agierende Mitarbeiter, die die Entfaltungs- und Entscheidungsspielräume als solche begreifen und



Die Aula der Fachhochschule Hannover. Im Vordergrund (v.l.n.r.) Prof. Dr. *Arno Jaudzims*, Präsident der FH Hannover; Prof. Dr.-Ing. *Gerd Müller*, *hlb*-Landesvorsitzender; Prof. Dr. *Renate Kosuch*, Vizepräsidentin der FH Oldenburg

gerne Verantwortung übernehmen. Mitgestaltung setzt Initiative, Selbstvertrauen und Zielstrebigkeit voraus – Qualifikationen, die sich bereits auch im Studium zeigen.

Als „global player“, der weltweit Teile und Autos produziert und verkauft, erwarten wir von allen Mitarbeitern interkulturelle Offenheit und die Bereitschaft, für befristete Projekte – z.B. Produktionsanläufe – oder als sogenannte Foreign Service Employees für drei bis fünf Jahre ins Ausland zu gehen. Bei den Hochschulabsolventen zeigt sich in puncto Auslandserfahrung ein sehr positiver Trend. Es ist heute schon fast die Regel, daß Studenten im Ausland ein Praktikum machen oder ein Semester studieren, und auch die Beherrschung mehrerer Fremdsprachen, zumindestens gute Englischkenntnisse, können die meisten Bewerber stolz vorweisen.

Hinter dem Begriff „Menschlichkeit“ verbirgt sich die Kompetenz im Umgang mit Menschen. Während im Studium die herausragende Einzelleistung gefragt ist, muß der Mitarbeiter im Unternehmen seine Fähigkeiten in ein Team einbringen. Auf andere Menschen aktiv zuzugehen, mit Experten aus anderen Fachgebieten kommunizieren zu können, die konstruktive Lösung von Konflikten, Überzeugungs- und Durchsetzungsfähigkeit bestimmen den Erfolg ebenso wie fachlich brillante Ideen, denn nur mit anderen kann man viel bewegen. Auf diesem Gebiet besteht nach unserer Erfahrung bei vielen Hochschulabsolventen der größte Nachholbedarf, haben doch Schule und Hochschule das Schwergewicht auf gute Einzelleistung gelegt. Studenten sollten daher frühzeitig Teamerfahrungen in studentischen Gremien, Gruppen oder Vereinen suchen.

Die Anforderungen an Mitarbeiter sind zugegebenermaßen sehr hoch, aber die sogenannten Humanressourcen sind auch ein strategischer Wettbewerbsfaktor. Eine Untersuchung von Fortune in 1997 hat gezeigt, daß sich die erfolgreichsten Unternehmen auszeichnen durch die Fähigkeit, talentierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten.

### Anforderungen an die Studienbewerber und Hochschulzugangsberechtigung

**Berichterstatter: Prof. Dr.-Ing. Gerd Müller, Vorsitzender des Landesverbands Niedersachsen/Sachsen-Anhalt**

Prof. Dr. Ing. *Klaus-Dieter Klee* von der FH-Hannover verglich die Klausurergebnisse vor 30 Jahren mit denen von heute. Gemessen an denselben Aufga-

ben sei das Basiswissen der Studierenden heute nicht ausreichend, um bei gleichbleibenden Anstrengungen der Hochschule die Qualität des Hochschulstudiums zu erhalten.

Um diesen Wissensmängeln entgegenzuwirken, bietet *Klee* sogenannte „Brückenkurse“ an. Die Erfolgsquote der Gruppen der Studierenden, die an den Brückenkursen teilnehmen, ist deutlich höher als die Erfolgsquote der überwiegenden Gruppen, die nicht teilnehmen. Eine deutliche Verringerung der Studienzzeit und der Abbrecherquote durch diesen zusätzlichen Unterricht zu erreichen wird nur von einem geringen Teil der Studierenden angenommen. Daher stellte *Klee* folgende Punkte zur Diskussion:

- eine leistungsorientierte Schulausbildung, um das schulische Basiswissen wieder zu erreichen;
- klar definierte und leistungsbezogene Hochschulzugangsberechtigung, mit eventueller Zugangsprüfung und Gespräch.

Dieses sei für alle Generationen das gleiche Problem, und zu keiner Zeit waren die Hochschulen mit dem Zugang zufrieden, meinte Ministerin *Helga Schuchardt*. Die von ihr in Schutz genommenen Studierenden sah Stud. Dir. *Hans-Michael Goldmann* (FDP) als allein gelassen, denn auch er habe Bildungsdefizite bei seinen Schülern im Rechnen beobachtet, besonders aber in der Sprachkompetenz, wobei Schüler Sachverhalte nicht erlesen und sich nicht ausdrücken können.

Herr *Horrnann* (CDU) sagte dazu, daß sich heute die komplette Schülerschaft der Realschule von 1965 auf dem Gymnasium befinde, und er plädierte für die Rückkehr zu leistungsorientierten Systemen, lehnt aber eine formelle Eingangsprüfung an den Hochschulen ab.

MinDir *Friedrich* sieht das Abitur als Hochschulzugangsberechtigung und, wie im HRG dargelegt, die Möglichkeit der Hochschulen, etwa 20% anzunehmender Studenten durch Gespräche auszuwählen. *Friedrich* hat in den ersten zwei Semestern keine Bedenken gegen eine Abbrecherquote von 20% bis 25%.

### Hochschulreform

**Berichterstatter: Dr. Hubert Mücke, hlb-Bundesgeschäftsführer, Bonn**

Die von Ministerin *Schuchardt* schon seit 1994 vorgenommenen Reformen zielen wohl darauf ab, die Fachhochschulen auf die Überführung in Landesbetriebe ab dem 1.1.1999 vorzubereiten. Dann sollen mit ihnen Art und Umfang der Aufgaben und Leistungen

festgelegt werden. Sie erhalten hierfür eine mittelfristige Finanzplanung und Zuweisungen, die sich an Leistungskriterien orientieren. Die Höhe leistungsbezogener Zuweisungen an Modellhochschulen orientiert sich zur Zeit an gewichteten quantitativen Kriterien wie Studierende (60%), Anfänger und Absolventen (je 20%). Die interne Mittelverteilung sollen die Hochschulen in eigener Verantwortung vornehmen. Von den 52 Zustimmungsvorbehalten des Ministeriums bestehen dann nur noch 2, nämlich die Einführung oder Schließung von Studiengängen und die Berufung der Professorinnen und Professoren. Auch diese könnten noch wegfallen.

Damit geht auch nach Auffassung von *Hans-Rainer Friedrich*, BMBF, Niedersachsen konsequenter vor als andere Länder. *Friedrich* nutzte die Gelegenheit an diese zu appellieren, die Deregulierungsabsicht des HRG nicht zur Nachregulierung zu mißbrauchen. Ein weiter Rahmen, der von den Ländern ausgefüllt wird, birgt die Gefahr in sich, daß im Ausland nicht mehr erkennbar wird, was Hochschule in Deutschland bedeutet. Hierzu sind Fortschritte für ein Qualitätssicherungssystem nach Ansicht des Bundes dringend erforderlich. Bachelor und Master dürfen nicht zur Mogelpackung werden.

*h/b*-Präsident *Kuntze* (FH Osnabrück) stellte die Frage, ob denn auch Niedersachsen die Einführung eines Hochschulrates plane. Die Ministerin bejahte dies, wies aber darauf hin, daß bisher keine konkreten Planungen vorliegen. Die Einführung eines Hochschulrates wurde dagegen von Herrn *Horrnann* im Namen der gesamten CDU kategorisch abgelehnt.

Prof. Dr.-Ing. *Peter Seifert* von der Fachhochschule Osnabrück erinnerte daran, daß die Bereitschaft der Studierenden, in den Hochschulgremien mitzuarbeiten, abgenommen habe und schlug u.a. finanzielle Anreize vor, um die Attraktivität der Gremienarbeit zu stärken. Ministerin *Schuchardt* mochte diesem Vorschlag nicht folgen. Sie sah eine größere Attraktivität dann als gegeben, wenn die Zusammensetzung der Gremien verändert wird. Damit stellte sich die Frage nach der Mitarbeit von Studierenden in Leitungsgremien. Diese wurde von Herrn *Horrnann* abgelehnt

### Die Hochschulabschlüsse und ihre internationale Anerkennung

**Berichterstatter: Prof. Dipl.-Ing. H. Dölecke, Fachhochschule Hannover**  
Frau Prof. Dr. *Majer* stellte eingangs die Situation innerhalb der EU dar. Eine

EU-Richtlinie legt fest, daß alle Hochschulabschlüsse ohne Einzelfallnachprüfung anzuerkennen sind, wenn eine mindestens dreijährige Studiendauer vorgeschrieben ist. In Deutschland ist diese Richtlinie nur zum Teil umgesetzt worden. Es wird daher nach wie vor die Einzelfallprüfung vorgenommen. Bewertungsmaßstab ist die Gleichwertigkeit.

*Michael Lampérth* berichtete über das britische Hochschulsystem. Die Universitäten können sich ihre Studierenden nach selbst festgelegten Kriterien auswählen. Nach drei bis vier Jahren schließen sie mit dem Bachelor (Honours) ab. Obwohl der Staat das Curriculum festlegt, ist der Unterschied zwischen den verschiedenen Hochschulen sehr groß. Es gibt ein weites Spektrum von Abschlüssen mit der gleichen Bezeichnung, einige sind völlig wertlos. Daher hat das Rankingsystem große Bedeutung, das die Qualität einer Hochschule erkennen läßt.

Die Wissenschaftsministerin *Schuchardt* wies darauf hin, daß man großen Wert darauf legt, daß das Diplom der Fachhochschulen nicht beschädigt wird. Die Universitäten wünschen den Bachelor. Es können jedoch nicht einfach bestehende Studiengänge umbenannt werden, vielmehr müssen diese neuen Studiengänge sehr sorgfältig geplant werden, damit die internationale Anerkennung erreicht wird. Das heutige Hochschulsystem ist noch nicht ausgerichtet auf diese neuen Abschlüsse. Es wird über die ausländischen Grade zunächst das Credit-Point-System eingeführt werden müssen. Außerdem muß die BAföG-Regelung dahingehend geändert werden, daß auch die Masters-Studierenden gefördert werden können. Man muß damit rechnen, daß für diesen mühsamen Weg ca. fünf Jahre benötigt werden.

MinDir *Friedrich* führte aus, daß durch seine Initiative der Masters-Abschluß auch für Fachhochschulen vorgesehen wird. Er wies ausdrücklich darauf hin, daß bei der sorgfältigen Planung der neuen Studiengänge auch das System der USA zu beachten ist, das nach vier Jahren den Bachelor vorsieht.

Nur so läßt sich die internationale Anerkennung erreichen.

## Evaluation

**Berichterstatter:** Prof. Dr.-Ing. **Wolfgang Schnell, Fachhochschule Hildesheim-Holzwinden, Stellvertreter Vorsitzender des hlb-Landesverbandes Niedersachsen und Sachsen-Anhalt**

Der Geschäftsführer der Zentralen Evaluationsagentur in Niedersachsen, *Reuke*, erläuterte zunächst die flächendeckenden Verfahren, die in 3 Stufen ablaufen:

- Interne Evaluation (von den Fachbereichen durchgeführte Selbstevaluation)

- Die Studiengänge werden erstmals systematisch analysiert
- Für die „Insider“ hat es keine wesentlichen Überraschungen gegeben
- Die in der „Grauzone“ diskutierten Mängel wurden in einen objektiv bewertbaren Rahmen gestellt

Herr *Reuke* wies insbesondere darauf hin, daß die Evaluation in Niedersachsen nicht zum Ziel hat, die pädagogische Leistung oder das Engagement von Professorinnen und Professoren zu bewerten. Nach anfänglicher Skepsis in den einzelnen Fachbereichen sei die Evaluation insgesamt sowohl bei Lehrenden als auch bei Lernenden als sinnvoll und nützlich angesehen worden.

In der anschließenden Frage- und Diskussionsrunde wurden folgende Punkte kritisch beleuchtet:

### Evaluation der Verwaltung

Die Hochschulverwaltungen wurden bisher nicht in der Evaluation erfaßt. Der Grund hierfür ist, daß es zunächst um die Bewertung von Studiengängen, nicht von Fachbereichen oder Hochschulen, geht. Hier vertritt insbesondere der *hlb* die Meinung, daß es unbedingt erforderlich ist, die Verwaltungen mit in die Verfahren einzubeziehen, da hier signifikante Einsparpotentiale vermutet werden.

### Begutachtung durch externe Peer-Groups

Die Evaluationsagentur wurde gefragt, warum eine von den Fachbereichen durchgeführte Selbstevaluation nicht ausreichend sei und eine Bewertung durch externe Gutachter vorgenommen werden müsse. Der Aufwand hierfür sei groß, und die Ergebnisse stünden vermutlich in keinem Verhältnis zu den Kosten. Der Geschäftsführer erläuterte, daß die auswärtigen Experten, darunter auch Industrievertreter, viele wichtige Ratschläge und Empfehlungen zum Studienangebot geben konnten. Auch sei es für den einzelnen Fachbereich hilfreich, mit der positiven Begutachtung durch Externe sein Studienangebot innerhalb der Hochschule und gegenüber der Hochschulleitung bzw. den beschlußfassenden Gremien besser „verkaufen“ zu können.

### Konsequenzen aus der Evaluation

Wenn auch Ministerin *Schuchardt*



Sie standen auf dem Podium Rede und Antwort (v.l.n.r.): Stud. Dir. *Hans-Michael Goldmann* (F.D.P.), *Horst Horrmann*, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, *Helga Schuchardt*, Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Frau Prof. Dr. *Diemut Majer*, Karlsruhe (Moderation), MinDir *Hans-Rainer Friedrich*, Abteilungsleiter Hochschulen im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie; Frau Dr. van Berk, VW-Coaching-GmbH, MSc. *Michael Lampérth*, Imperial College London

- Externe Evaluation (hierbei werden die Studiengänge von den externen Peer-Groups beurteilt)
- „Follow-up“ (Die Fachbereiche sind aufgefordert, zu den von den Gutachten empfohlenen Maßnahmen Stellung zu beziehen und sie gegebenenfalls umzusetzen)

Die Ziele der Evaluation sind:

- Sicherung der Qualität der Ausbildung
- Darlegung der Bildungsziele und ihrer Erreichbarkeit
- Profilierung der Fachbereiche
- Verbesserung der Kommunikation zwischen Professoren- und Studentenschaft
- Rechenschaftslegung der Qualität von Lehre und Studium

Als Zwischenergebnis der bisher durchgeführten Verfahren kann festgehalten werden:

feststellte, daß die Ergebnisse der ersten Runde der Evaluation zu keinen Sanktionen führen würden, blieb doch die Skepsis bei den Zuhörern, daß die Ergebnisse z.B. im Haushaltsausschuß des Landtags für politische Entscheidungen herangezogen würden.

### Leistungsabhängige Besoldung der Hochschullehrer

**Berichterstatter:** Prof. Dr.-Ing.  
**Wolfgang Schnell**

MinDir *Friedrich* vom BMBF erläuterte zunächst den aktuellen Stand der Beratungen über eine Veränderung der Hochschullehrerbesoldung.

Die anschließende Diskussion konzentrierte sich auf die Frage, wie und von wem die Leistung eines Hochschullehrers gemessen werden soll. Die Leistung spiegelt sich sicher nicht in der Beliebtheit bei den Studierenden, aber auch nicht in der Zahl der Veröffentlichungen wider.

Objektiv meßbare Größen wären allenfalls geleistete Überstunden, Betreuung überdurchschnittlich vieler Diplomarbeiten, überdurchschnittliche Mitarbeit in der akademischen Selbstverwaltung, Industriepraktikas oder Drittmittelerwerb.

Interessanterweise und sehr zur Verwunderung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigte die Industrievertreterin, Frau Dr. *van Berk*, VW-Coaching GmbH, auf einer vorbereiteten Folie, wie sie sich die Leistungsbeurteilung der Professoren vorstellt, wobei sie Kriterien anführte, die in der Industrie gang und gäbe sind. Sie zeigte, daß der Professor sowohl als Lehrer und Forscher wie auch als Führungskraft, Unternehmer und Teammitglied beurteilbar sei.

Neben Lehr- und Forschungsleistung könnten so Engagement, Umgang mit Kollegen, Mitarbeitern und Studierenden, aber auch Akquisition von Forschungsgeldern oder anderen Drittmitteln in die Beurteilung einbezogen werden. Die Beurteilung müßte wie in der Industrie von Vorgesetzten (Hochschulleitung), Kollegen, Untergebenen (Mitarbeitern) und Kunden (Studierenden) vorgenommen werden, um so das Gesamtbild der Persönlichkeit bewerten zu können.

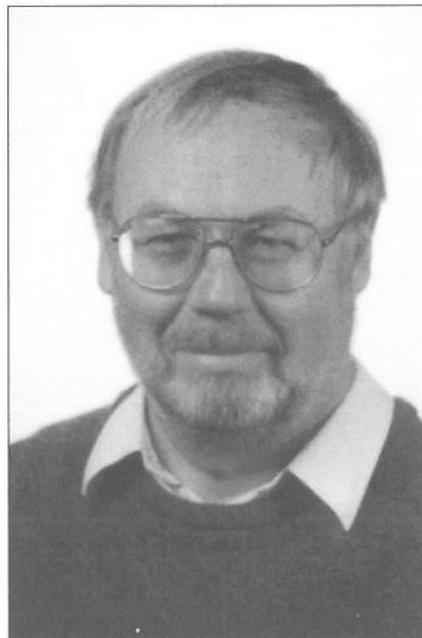
Als Fazit der Diskussion ist festzuhalten, daß gegen eine leistungsbezogene Besoldung keine Vorbehalte bestehen, wenn es gelingt, objektive Kriterien für das Messen der Leistung zu finden. ■

# Globalhaushalte für alle Fachhochschulen in Niedersachsen

## Umwandlung in Landesbetriebe mit kaufmännischem Rechnungswesen zum 01.01.1999

*Ab 1. Januar 1999 sollen alle acht staatlichen Fachhochschulen Niedersachsens in Landesbetriebe gemäß § 26 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung mit echten Globalzuführungen umgewandelt werden. Die Kameralistik wird durch das kaufmännische Rechnungswesen abgelöst werden.*

**Dr. Klaus Palandt, Ministerialdirigent  
Leiter der Abteilung für Hochschulen und Forschung  
im Niedersächsischen Ministerium  
für Wissenschaft und Kultur  
Leibnizufer 9  
30169 Hannover**



Damit setzt Niedersachsen sein am 1. Januar 1995 begonnenes Pilotvorhaben zur Einführung von Globalhaushalten konsequent fort.

Die Fachhochschulen Niedersachsens begrüßen diesen Reformschritt, mit dem sie ein sehr hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit und Flexibilität der Haushaltsführung erreichen werden: Der Haushaltsgesetzgeber gibt lediglich eine globale Zuführung vor, die Hochschulen füllen diesen Rahmen durch einen Wirtschaftsplan aus (Basis: Der hochschulgemäß angepasste Industriekostenrahmen). Der Wirtschaftsplan ist nicht Teil des staatlichen Haushalts, sondern wird im Landeshaushalt lediglich zur Erläuterung der globalen Zuführungen abgedruckt, ohne daß er eine haushaltsrechtliche Verbindlichkeit erhält. Grenzen der Deckungsfähigkeit gibt es nicht mehr, eine bestimmte Investitionssumme darf allerdings nicht unterschritten werden und muß insoweit von der Hochschule in den Finanzplan eingestellt werden. Stellenübersichten entfallen, Stellenpläne für Beamte bleiben allerdings aus besoldungsrechtlichen Gründen bis zur nächsten Reformstufe noch bestehen (bis zur Verleihung der Dienstherrenfähigkeit). Rückstellungen und Rücklagen werden nach handelsrechtlichen Vorschriften gebildet.

### Jeder Studierende zählt, jede Studierende zählt mehr?

Mit der Einbeziehung aller staatlichen Fachhochschulen sind die Voraussetzungen für den alles entscheidenden Reformschritt im Verhältnis Staat - Hochschulen eingeleitet: die Einführung eines weitgehend formelgebundenen, aufgaben- und leistungsorientierten Mittelbemessungsverfahrens auf der Grundlage von Zielvereinbarungen. Entscheidend ist dieser Schritt deshalb, weil andernfalls der Staat trotz fortbestehender Verantwortlichkeit für die Hochschulausbildung seine Steuerungs-

fähigkeit verlieren würde und versucht sein könnte, nunmehr statt auf der Basis von Titel und Titelgruppen auf der Basis von Konten der Wirtschaftspläne wiederum in ein inkrementalistisches Verfahren der Haushaltsbemessung zurückzufallen.

Wie soll nun dieses Mittelbemessungsverfahren aussehen? Kann überhaupt von einem Bedarfsbemessungsverfahren gesprochen werden? Geht es nicht vielmehr zunächst nur um ein Mittelverteilungsverfahren? Darf es dabei Gewinner, die bisher unter dem Durchschnitt ausgestattet waren, und Verlierer, die bisher überdurchschnittlich ausgestattet waren, geben? Einigkeit unter den Hochschulen in Niedersachsen besteht insoweit, als es jedenfalls ein solches Bemessungsverfahren geben muß. Dieses allerdings sollte lediglich in der Zukunft winken und nicht den Effekt haben, bisherige Mittel der Hochschulen abzuschmelzen. Dies funktioniert nur dann, wenn den Hochschulen in einer Übergangsfrist hinreichend Gelegenheit gegeben wird, die ihnen bisher zugeflossenen Mittel mit entsprechenden Leistungen zu unterfüttern.

Die drei wesentlichen Parameter eines Mittelbemessungsverfahrens stehen auch bereits fest:

- Zahl der aufgrund einer Zielvereinbarung vorzuhaltenden Studienplätze, grob gegliedert in größere Fächer
- die tatsächliche Auslastung (Studierende in der Regelstudienzeit)
- Absolventen (Durchschnitt der drei letzten Jahre)

Die Gewichtung dieser Parameter ist vorerst mit 60:20:20 angesteuert. Daraus ergeben sich bestimmte Preiscluster pro Studienplatz, pro Studierenden und pro Absolvent. Diese Preiscluster müssen fächerspezifisch gestuft werden, d.h. das Entgelt pro ingenieurwissenschaftlichem Studienplatz, Studierenden und Absolvent ist höher als im Fach Sozialwesen.

Die Niedersächsische Landesregierung begrüßt es sehr, daß Fachhochschulen für neue Steuerungsmodelle besonders aufgeschlossen sind. Diese werden jedoch auch auf Universitäten übertragen, weil nur auf diese Weise eine Vergleichbarkeit des Lehraufwandes pro Studienplatz, pro Studierenden und pro Absolvent hergestellt werden kann. Entscheidungen in der Hochschulpolitik könnten dann rationeller getroffen werden. ■

## Perspektiven schaffen durch Evaluation

**Evaluation in Niedersachsen hilft, Profile zu erkennen und Reformen einzuleiten.**

*Durch die Evaluation können Stärke von Lehre und Studium systematisch erfaßt und Schwächen gezielt abgebaut werden.*

**Prof. Dr. Hinrich Seidel**  
Wissenschaftlicher Leiter der  
Zentralen Evaluationsagentur  
der niedersächsischen Hochschulen  
(ZEvA)  
Wilhelm-Busch-Str. 22  
30167 Hannover



### Das Evaluationsverfahren

Seit den 80er Jahren wird in der Öffentlichkeit eine Diskussion um die in zunehmendem Maße in Zweifel gezogene Qualität der Hochschulausbildung geführt. Die strukturelle Finanzkrise der öffentlichen Hand zwingt die Hochschulen zur Legitimierung ihrer Arbeit, ermöglicht aber auch das Aufbrechen verkrusteter Strukturen und die Chance zur weitergehenden Flexibilisierung. So können beispielsweise Globalhaushalte, in denen Hochschulen die staatlich zugewiesenen Mittel selbständig verwalten, eindeutig eine Erweiterung ihrer Handlungsspielräume darstellen. Deregulierungsabsichten des Staates und Autonomiebestrebungen der Hochschulen erhöhen den Druck auf die Leistungstransparenz der Hochschulen. Gehört in europäischen Nachbarländern und den USA die Evaluation zum selbstverständlichen Bestandteil des Hochschulsystems, so hinkt Deutschland in dieser Hinsicht noch hinterher.

### Ein Novum in Deutschland

Das niedersächsische Projekt einer flächendeckenden und systematischen Evaluation stellt in Deutschland ein Novum dar. In Anlehnung an das niederländische Modell wurde in Niedersachsen ein dreistufiges Verfahren entwickelt, welches aus interner und externer Evaluation besteht und durch ein Follow-up abgeschlossen wird. 1994 beschlossen die Rektoren und Präsidenten der niedersächsischen Universitäten und Fachhochschulen (LHK), die Organisation und Qualität der Lehre zu überprüfen und ein Verfahren zu etablieren, welches vor allem innerhalb der Autonomie der Hochschulen wirksam werden sollte. Das Land Niedersachsen erklärte sich bereit, die Hochschulen in ihrem Vorhaben finanziell zu unterstützen. Im Wintersemester 1995 nahm die Zentrale Evaluationsagentur (ZEvA) ihre Arbeit auf und betreute bisher mehr als 50 Besuche von Gutachtergruppen an den Universitäten und Fachhochschulen des Landes. Die Aufgabe der ZEvA besteht keineswegs darin, selbst

zu evaluieren, sondern vielmehr die Hochschulen während des gesamten Evaluationsprozesses zu unterstützen. Eine Lenkungsgruppe, die sich aus drei Vertretern/-innen der Universitäten und Fachhochschulen, einem Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (MWK) und einem Sachverständigen für internationale Hochschulforschung zusammensetzt, steuert den Evaluationsprozeß.

Im Frühjahr 1998 werden die Berichte über die beteiligten Fächer der ersten Evaluationsrunde Chemie, Geschichte, Elektrotechnik und Sozialpädagogik/Sozialwesen publiziert. Bald darauf sollen die Ergebnisse aus den Fächern der zweiten Runde Anglistik, Romanistik, Geowissenschaften, Geographie und Bauingenieurwesen folgen.

### **Die Ziele des Evaluationsverfahrens**

Staat und Hochschulen einigten sich darauf, daß Evaluation vorrangig auf Qualitätssicherung und -verbesserung in Lehre und Studium zielt. Die Evaluation von Studiengängen an den niedersächsischen Universitäten und Fachhochschulen soll flächendeckend, systematisch und periodisch erfolgen, d.h. alle Studiengänge oder -fächer sollen in einem bestimmten Turnus - etwa im Abstand von jeweils fünf bis sechs Jahren - evaluiert werden. Zu berücksichtigen sind ebenfalls Aspekte der Forschung, die je nach Hochschultyp unterschiedlich stark auf die Lehre Einfluß nehmen. Ferner soll insbesondere die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses kritisch betrachtet werden.

### **Transparenz heißt das Ziel**

Transparenz ist das zentrale Ziel der Evaluation, um die Qualität der Lehre zu sichern und zu fördern, hierbei Leistungsstärken und -schwächen deutlich werden zu lassen und einen Aufschluß über die Mittelverwendung zu erhalten. Die Fachbereiche sollen Qualitätssicherungsstrategien formulieren und umsetzen. Das bedeutet die konkrete Erarbeitung von Empfehlungen zur Verbesserung von Lehre und Studium, gegebenenfalls Verkürzung der Studienzeiten und Minderung der Abbrecherquote sowie Weiterentwicklung der Lehrangebote. Neben den generellen Zielen werden in den Evaluationsverfahren häufig besondere Schwerpunkte auf die Optimierung der Abstimmung von Studienorganisation und Curriculum, die Verbesserung der internen Kommunikation

über Lehre und Studium und auf leistungsbezogene Daten über Studien- und Prüfungsverläufe zur Verbesserung der Selbststeuerung in den Fächern gesetzt.

Zur Sicherung und Verbesserung der Qualität der Lehre gehört die Überprüfung des Lehrangebotes in Hinblick auf wissenschaftliche und berufspraktische Relevanz, die Analyse der Ursachen für zeitliche Verzögerungen im Studienverlauf und die Organisation der Praxissemester. Die Evaluation muß ferner die Chancen der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt und ihre Vorbereitung und Qualifikation für die spätere Tätigkeit einbeziehen. Im Verlauf der Selbstevaluation soll der Dialog zwischen Lehrenden und Studierenden (wieder)hergestellt werden, um insbesondere zu klären, inwieweit ein gemeinsames Grundverständnis von Lehrenden und Studierenden über das Studium und dessen Ziele existiert. Der sich infolge Diskussion und Reflexion entwickelnde Prozeß der Selbsterkenntnis kann somit zu einem veränderten Selbstverständnis des Studienganges/-faches führen.

### **Selbstevaluation in drei Schritten**

Das Evaluationsverfahren besteht aus drei Schritten: Interner Evaluation, Externer Evaluation und Follow-up, die innerhalb eines Jahres stattfinden. Nachdem Vertreter aller Standorte des Faches auf Einführungsveranstaltungen von der Zentralen Evaluationsagentur über den Ablauf des gesamten Verfahrens informiert wurden, bilden sich an allen Hochschulen Arbeitsgruppen aus Lehrenden und Studierenden. Diese Phase der internen Evaluation dient der Sammlung quantitativer und qualitativer Daten, die die Situation der Fächer in ihrer Gesamtheit erfassen. Innerhalb eines Semesters untersuchen die Arbeitsgruppen mit Hilfe eines von der Agentur zur Verfügung gestellten Frageleitfadens, der den Besonderheiten der Fachbereiche angepaßt werden muß, die für die Lehre relevanten Themenfelder. Die quantitativen Daten werden überwiegend in den Hochschulverwaltungen für statistische Zwecke bereitgehalten.

### **Notwendige Umstrukturierungen erkennen**

Der die interne Selbstevaluation abschließende Selbstreport soll den von den Fachvertretern vorgeschlagenen Gutachtern (Peers) präzise über Lehre und Studium in einem Fach am jeweiligen Hochschulstandort Auskunft ertei-

len. Häufig werden schon in der ersten Phase der Evaluation vom Fach die mitunter notwendigen Umstrukturierungen erkannt und von den Gutachtern während der zweitägigen Vor-Ort-Besuche diskutiert. Fundierte Analysen der Situation der Lehre an den jeweiligen Standorten helfen den Gutachtern bei ihren Empfehlungen für die Qualitätsverbesserung und dem Fachbereich bei der Entwicklung zukunftssträchtiger Reformen.

Die Einbindung der Studierenden, die bei der Erstellung des Selbstreports in den Arbeitsgruppen mitwirken können und zu den Gesprächspartnern der Gutachterkommission während der Begehung gehören, muß durch die Fachbereiche erfolgen. Dies gelang in den vergangenen Verfahren sehr unterschiedlich, da die zeitaufwendige Mitarbeit am Verfahren kontinuierlich erfolgen muß und von der persönlichen Motivation der Studierenden abhängt. Einige erfolgreiche Einbindungsversuche von Studenten und Studentinnen gelangen durch Seminare zum Thema Hochschule, über breit angelegte Fragebogenaktionen und durch ein vertrauensvolles Verhältnis zu den Lehrenden.

### **Externe Evaluation soll Qualität sichern**

Die zweite Evaluationsstufe, die externe Evaluation, ist in erster Linie darauf ausgelegt, den Hochschulen Hilfestellung bei der Sicherung und Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium zu geben. Bei den Vorschlägen zur Besetzung der Peer-groups müssen die Fachbereiche berücksichtigen, daß keines der ca. fünf Mitglieder aus Niedersachsen stammen darf. Im Idealfall besteht die Gutachtergruppe aus anerkannten Professoren des jeweiligen Faches, einem deutschsprachigen Fachvertreter aus dem Ausland, einem fachfremden Mitglied aus dem Hochschulbereich mit Leitungserfahrung und einem Mitglied, das die berufsqualifizierenden Aspekte des Studiums beurteilen kann.

Neben den Berichten aus den Fachbereichen erhalten die Peers von der Agentur einen Leitfaden, der ihnen hilft, sich auf die Besuche vorzubereiten und auch die Struktur der Gutachten vorgibt. Die Begutachtungen erfolgen nach einem im Vorfeld mit den Peers und den beteiligten Fachbereichen festgelegten Besuchsplan. Abschließend erarbeiten die Peers ein Gutachten, das den Hochschulen zur Stellungnahme übersandt wird.

**Aktionsprogramm  
„Studienreform – Profilbildung –  
Wettbewerb“**

*Förderung modellhafter Initiativen zur  
Reform von Lehre und Studium*  
2. Ausschreibung

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zeichnet im Rahmen seines Aktionsprogramms Modellprojekte an Universitäten und Fachhochschulen mit Förderpreisen von bis zu DM 25.000 p.a. (Höchstförderdauer: drei Jahre) aus, die die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Hochschulen zum Ziel haben. Insbesondere können folgende Vorhaben ausgezeichnet und gefördert werden:

- mit ausländischen Partnerhochschulen vereinbarte Studiengänge mit Doppelabschlüssen, die in Deutschland und dem Partnerland gültig sind;
- deutschsprachige Studienangebote im Ausland;
- englischsprachige Studienangebote an deutschen Hochschulen (vorzugsweise in den Natur- und Ingenieur- sowie den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften), inkl. englischsprachiger MBA-Programme;
- in Kooperation mit ausländischen Hochschulen im Ausland durchgeführte Studiengänge und Programme, die mit der Vergabe deutscher Hochschulgrade verknüpft sind, wobei auch die Förderung von Modulen (Sommerschulen, Blockkollegs o.ä.) möglich ist;
- Aufbaustudienangebote mit Internationalen Inhalten (z.B. Internationales Wirtschaftsrecht) für Deutsche und Ausländer, möglichst unter Einbeziehung von Praktika in der Wirtschaft;
- internationale, zur Promotion führende Postgraduiertenstudien, bei denen Anerkennungs- und Zulassungsfragen beispielhaft gelöst sind;
- an ausländische Interessenten gerichtete Fernlehreangebote von Hochschulen, die die neuen Medien zu einer internationalen Vernetzung nutzen (Stichwort „global Campus“).

Darüber hinaus können besonders vorbildliche Maßnahmen zur Beratung und Betreuung ausländischer Studierender – einschließlich der sprachlichen Vorbereitung – ausgezeichnet und gefördert werden, auch und besonders solche Projekte, die von den Studierenden selbst entwickelt worden sind.

Ein Merkblatt für die Antragstellung kann angefordert werden beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Herrn Dr. Ekkehard Winter, Barkhovenallee 1, 45239 Essen (Telefonische Rückfragen unter 0201/8401-128, -172 oder -185).

Einsendeschluß für die Anträge  
ist der 27. Februar 1998

**Das Follow-up in der Verantwortung der Hochschulen**

Da die Verbesserung der Qualität der Lehre in der Verantwortung der Hochschulen liegt, erstellen die Fachbereiche etwa drei Monate nach Erhalt der Gutachten ein Maßnahmenprogramm, das die Empfehlungen der Peers aufgreift. Nach zwei Jahren werden die Fachbereiche von der Agentur aufgefordert, einen Zwischenbericht über die erfolgte Umsetzung vorzulegen. Aus den Selbstreports, den Gutachten und den Stellungnahmen erstellt die Evaluationsagentur in Abstimmung mit den Gutachtern einen Abschlußbericht. Die Publikation soll die Öffentlichkeit - insbesondere Studienberechtigte, Eltern, benachbarte Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen, Medien, Landtag und Landesregierung - über die Ergebnisse der Evaluation unterrichten. Dem flächendeckenden Aspekt - und darin liegt eine Besonderheit des in Niedersachsen vereinbarten Verfahrens - wird dadurch Rechnung getragen, daß der Evaluationsbericht zum einen die Situation eines Fachs landesweit darstellt und zum anderen an jedem Hochschulstandort analysiert und beurteilt.

**Erste Ergebnisse**

Erst in ein oder zwei Jahren, wenn sich Lehre und Studium auf der Basis von Gutachterempfehlungen und anschließender Umsetzung qualitativ verbessert haben und Qualitätssicherungsmechanismen dauerhaft von den Fachbereichen installiert wurden, kann man von einem Erfolg der Evaluation sprechen.

Bisher lassen sich über die Effekte der internen und externen Evaluation folgende Aussagen treffen:

- Die Übertragung der Grundsätze des dreistufigen, niederländischen Evaluationsmodells auf die niedersächsischen Hochschulen ist gelungen.
- Die Fachbereiche haben häufig erstmals aus Anlaß der Evaluation eine systematische Analyse ihrer Situation in Lehre und Studium (und der statistischen Daten) vorgenommen.
- In vielen Fällen sind Diskussionen über die Lehre und ihre Qualität zwischen Lehrenden und Studierenden erstmals geführt worden.
- Viele Fachbereiche haben bei der Beschreibung von Ausbildungs- und Bildungszielen, die über Prüfungs- und Studienordnungen hinausgehen, Probleme.
- In den Fachbereichen bereits bekannte Probleme werden aus einer Tabuzone herausgeholt und zum Gegenstand fachbereichsinterner Diskussionen gemacht.
- Die Peer-review bricht durch die Gespräche der Fachbereichsmitglieder mit den Gutachtern häufig verkrustete Strukturen auf und stärkt reformorientierten Lehrenden den Rücken.
- Insgesamt haben Fragen des Lehrangebots und -managements, aber auch der Studienorganisation und -struktur Vorrang vor Ausstattungsproblemen.
- Jeder Fachbereich eines Fachs hat sein spezifisches Profil, das die Gutachter durch ihre Empfehlungen zu stärken versuchen.

An diesen wenigen Beispielen wird offensichtlich, wie wichtig eine flächendeckende Evaluation unter Beteiligung externer Gutachter für Transparenz, Kommunikation über Lehre und Profilbildung der Hochschulstandorte ist. Stärken von Lehre und Studium werden systematisch erfaßt, und Schwächen können gezielt abgebaut werden. Diese Effekte machen den Wert der Verfahren aus.

**Beamte finanzieren anders!**

- ohne dingliche Sicherung (keine Grundbucheintragung)
- Sondertilgungen möglich
- Zinsfestschreibung 12 - 20 Jahre
- Tilgung mit Kapitallebensversicherung
- auch zur Eigenmitteldarstellung in Finanzierungen

**Beamtendarlehen**  
(für Beamte auf Lebenszeit)

**Rufen Sie die derzeit gültigen Konditionen  
oder ein kostenloses, unverbindliches  
Computerangebot telefonisch ab:**

**Servicegesellschaft**

für Vermögensanlagen zur **Tel. 0228/9289800**  
Altersversorgung mbH **Fax 0228/9289801**



ANZEIGE

# Erfahrungen mit der Evaluation

## Beispiele aus zwei Fachbereichen

*Die anfängliche Skepsis bezüglich der Evaluation wandelt sich im Verlauf des Verfahrens zu einer positiven Beurteilung. Die Ergebnisse geben wertvolle Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Fachbereiche.*

**Fachbereich Bauingenieurwesen  
in Holzminden**  
**Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Schnell**  
Fachhochschule  
Hildesheim/Holzminden  
Haarmannplatz 3  
37603 Holzminden

**Fachbereich Elektrotechnik  
in Hannover**  
**Prof. Dr.-Ing. Josef Wehberg**  
Fachhochschule Hannover  
Ricklinger Stadtweg 120  
30459 Hannover



### **Bauingenieurwesen (U. Schnell)**

Die Evaluation des Fachbereichs Bauingenieurwesen in Holzminden ist – wie bei den übrigen Fachbereichen in Niedersachsen auch – in zwei Stufen abgelaufen. Die erste Stufe – die in einem internen Bericht niedergelegte Selbstevaluation – lief im Wintersemester 1996/97, die zweite Stufe – Besuch der externen Gutachtergruppe mit anschließender Begutachtung – fand im Sommersemester 1997 statt.

Zu Beginn der Selbstevaluation regten sich im Kollegenkreis, aber auch unter den Studierenden, Zweifel über Sinn und Zweck der Evaluation. Der Aufwand stehe in keinerlei Verhältnis zum Nutzen, und insbesondere wurde bezweifelt, daß das Land Niedersachsen Folgerungen der Gutachter, die finanzielle Anstrengungen erfordern (Erhöhung der Personalstellen, höhere Mittel für Lehre und Forschung), auch umsetzen würden.

Der Aufwand – insbesondere das Zusammentragen des Zahlenmaterials – war beträchtlich, aber der von der Zentralen Evaluationsagentur der Niedersächsischen Hochschulen herausgegebene Frageleitfaden erleichterte den Aufbau und die inhaltliche Gestaltung des Selbstreports wesentlich.

Schon bald war bei den Kollegen und Studierenden, die in der Arbeitsgruppe Evaluation mitarbeiteten, die Skepsis über Sinn und Zweck gewichen. Zu interessant und zu aufschlußreich war das Datenmaterial, und es war sehr bald zu erkennen, daß Fakten und Vorgänge, die mehr gefühlsmäßig und intuitiv eingeschätzt wurden, jetzt mit fundierten Daten untermauert werden konnten.

So zeigte sich z.B. in Absolventen- und Studierendenbefragungen, daß die mittlere Studiendauer in Holzminden mit 8,5 Semestern ungewöhnlich niedrig ist. Es gelang auch, die Fächer herauszufiltern, die als Prüfungshürden gelten, und die, die es tatsächlich sind.

### **Absolventenbefragung brachte wesentliche Erkenntnisse**

Am wertvollsten für die Einschätzung der Richtigkeit, Vollständigkeit und Praxisnähe war die Befragung der Ab-

solventinnen und Absolventen der letzten zwei Jahre. So ergab z.B. die Umfrage, daß ca. 2/3 der Absolventinnen und Absolventen in der Bauleitung tätig sind. Obwohl ca. 60% aller Befragten die Qualität der Ausbildung im Hinblick auf die eigene Berufspraxis als „gut“ oder „sehr gut“ empfunden haben, wurden doch folgende Schwierigkeiten bzw. Defizite beim Übergang in die Berufspraxis häufig genannt:

- **Rechtliche und betriebswirtschaftliche Ausbildung**

Neben allgemeinen betriebswirtschaftlichen Kenntnissen sollten insbesondere vertiefte Kenntnisse im Baurecht, der VOB, dem Bauvertragsrecht und in Bauvorschriften vermittelt werden.

- **Behandlung fächerübergreifender Aufgabenstellungen**

Es wurde häufig darauf hingewiesen, daß die Detailkenntnisse in den einzelnen Fächern gut sind, daß es aber Schwierigkeiten macht, diese Kenntnisse bei fächerübergreifenden Aufgabenstellungen anzuwenden. Hier werden insbesondere Lehrveranstaltungen gefordert, in denen Projekte (ein Bürogebäude oder eine Kläranlage) komplett bearbeitet werden, wobei neben den statisch-konstruktiven Problemen auch die Ausschreibung und die baubetriebliche Abwicklung behandelt werden.

- **Defizite im Bereich der EDV**

Insbesondere fehlen CAD-Kenntnisse, und die Anwendung bauspezifischer Programme oder Programmsysteme ist zu wenig geübt worden.

- **Defizite im Bereich von Führungsqualitäten**

Hier werden Lehrveranstaltungen gefordert, in denen allgemeine Probleme der Berufspraxis behandelt werden, wie z.B. Menschenführung und Motivation von Mitarbeitern, Verhandlungstechnik und Rhetorik

Diese von Absolventinnen und Absolventen aufgedeckten Schwächen und Mängel der Ausbildung wird der Fachbereich in Kürze abbauen, zum Teil sind die Anfänge hierzu in der neuen Prüfungsordnung, die seit dem Wintersemester 1997/98 gültig ist, bereits gemacht.

### **Empfehlungen der Gutachter**

Die Empfehlungen der Gutachter, die in einem Bericht über die externe Evaluation niedergelegt sind, decken sich weitgehend mit Intentionen und Vorschlägen, die im Fachbereich seit längerem diskutiert werden. Zunächst werten die Gutachter die in Holzminden praktizierte, anwendungsorientierte und ein

breites Grundwissen vermittelnde Ausbildung als sehr positiv. Es werden dem Fachbereich folgende Verbesserungen empfohlen:

- Verstärkte Aufnahme von Fächern aus dem Bereich von Recht und Wirtschaft in das Lehrprogramm
- Einführung einer Vertiefungsrichtung Baubetrieb/Projektmanagement statt der zur Zeit vorhandenen und am Arbeitsmarkt wenig nachgefragten Vertiefungsrichtung Bauinformatik
- Verstärkung der EDV-Ausbildung im Grundstudium
- Erweiterung des Angebots an freien Wahlstunden (z.B. Wirtschaft, Recht, Sprachen, Technikfolgenabschätzung etc.)
- Angebot eines fächerübergreifenden Projektstudiums im Schwerpunktstudium

## Fazit

Die vom Fachbereich durchgeführte Selbstevaluation brachte eine Vielzahl von Erkenntnissen über Schwächen und Stärken des Studienganges Bauingenieurwesen, zeigte aber auch personelle und finanzielle Defizite auf. Die externe Evaluation durch die Gutachter gibt wertvolle Empfehlungen für die zukünftige Gestaltung des Studiums bzw. unterstützt die bereits vom Fachbereich getroffenen Maßnahmen.

## Elektrotechnik (J. Wehberg)

Anfang 1996 begann der Fachbereich Elektrotechnik der Fachhochschule Hannover mit dem Evaluationsverfahren.

Im Verlauf einer Informationsveranstaltung, an der alle Kollegen des Fachbereichs teilnahmen, zeichnete sich ein eher skeptisches Stimmungsbild ab. Die kurz darauf gebildete Arbeitsgruppe „Evaluation“, bestehend aus 2 Studierenden, 2 Technischen Angestellten (die Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter war noch nicht definiert) und 6 Professoren, erhielt Ende Januar 96 den Auftrag zur Durchführung der Evaluation vom Fachbereichsrat. Darauf folgten während der Selbstevaluierungsphase 15 weitere Sitzungen bis zur Fertigstellung des vorläufigen Abschlußberichtes, so daß sich insgesamt für jedes Arbeitsgruppenmitglied ein Zeitaufwand von über 200 Stunden ergab. Hier sei auf das besondere Engagement des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe hingewiesen, dessen Einsatz während des gesamten Verfahrens kaum ausreichend zu würdigen ist und dessen zeitliche Aufwendung die zuvor genannte Zahl bei weitem übersteigt.

Eine der ersten Aufgaben der Arbeitsgruppe war die Erstellung von Fragebögen für die einzelnen Erhebungsgruppen des 1. Semesters, des 5. Semesters (nach dem Vordiplom) und die in der Diplomarbeit stehenden Studierenden geschlechtsneutrale Fragebögen entworfen. Die Geschlechtsneutralität wurde gewählt, um die Anonymität bei der geringen Zahl von studierenden Frauen in den Ingenieurwissenschaften (FH Hannover 2 bis 3%) zu gewährleisten. Dies stieß später auf erheblichen Widerstand seitens der Frauenbeauftragten, so daß noch ein spezieller semesterübergreifender Fragebogen für Studentinnen erstellt wurde. Da auch Informationen von Absolventinnen und Absolventen gefordert waren, mußten vor dem Hintergrund einer hohen Rücklaufquote spezielle Fragebögen entwickelt werden. Des weiteren erforderte die Befragung der Technischen Angestellten und der Professoren jeweils eigene Formulare.

Neben der Informationssammlung über Fragebögen war auch eine große Zahl von statistischen Daten zu erheben. Hier ergaben sich besondere Probleme hinsichtlich der Zugriffsberechtigung und der Softwarekompatibilität. Ein hoher Anteil der statistischen Daten mußte mühsam von Rechnerausdrucken neu eingegeben und zum Teil auch noch in der Form überarbeitet werden. Dabei wäre eine bessere Unterstützung von Seiten der Verwaltung wünschenswert gewesen. Es stellte sich auch heraus, daß viele Fragestellungen des ZEvA-Leitfadens unbeantwortet bleiben mußten, weil einige Informationen gar nicht erhoben wurden und auch nicht aus dem Datenbestand zu ermitteln waren.

Die Arbeit wurde von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe parallel in Kleingruppen durchgeführt. Nur so konnte der Abschlußbericht termingerecht bis Ende August 96 fertiggestellt werden. Wegen der teilweise nicht eindeutigen Bezeichnungen und Berechnungsverfahren im Leitfaden waren einige Rückfragen an die Evaluationsagentur notwendig, von der wir jedoch sehr bereitwillig unterstützt wurden.

Mitte November 96 fand der zweite tägige Besuch der Peers im Fachbereich statt. Die Fachkolleginnen und Fachkollegen von Fachhochschulen anderer Bundesländer hatten den Abschlußbericht vorliegen und konnten so gezielt auf spezielle Punkte eingehen. Statt der zunächst vorgesehenen Zahl von fünf Peers erschienen lediglich drei. Ihnen oblag eine äußerst anstrengende Aufgabe, da sie vor dem Besuch in Hannover bereits zwei Tage in Osnabrück mit der

gleichen Aufgabe verbrachten und im direkten Anschluß zur FH Braunschweig/Wolfenbüttel weiterreisten.

Während des Aufenthaltes der Peers fanden eine Reihe von Informationsgesprächen in kleiner und großer Runde mit den verschiedenen Personengruppen der Hochschule statt, wobei die Peers auch gezielt Einfluß auf die Auswahl der Gesprächspartner nehmen konnten und nahmen. Darüber hinaus vermittelten die Besuche der Laboren, verschiedener Hörsäle und anderer Räume weitere Eindrücke von der Ausstattung und dem teilweise desolaten Zustand des Gebäudes. Hierin lag einer der Schwerpunkte des Selbstevaluationsberichtes, was von den Peers während ihres Besuches bestätigt wurde.

Mitte Januar 97 stand der Bericht der Peers im Fachbereich zur Verfügung. Darin waren leider einige unrichtige Darstellungen wiedergegeben, und es wurden von uns als Arbeitsgruppe für wichtig angesehene Punkte gar nicht angesprochen. Der Bitte, einige Aspekte nochmals zu überdenken und in die Stellungnahme mit aufzunehmen, wurde ebenfalls nicht befriedigend entsprochen.

Eine abschließende Stellungnahme der Arbeitsgruppe „Evaluation“ konnte Mitte Juni 97 termingerecht mit der Zustimmung des Fachbereichsrates über die Hochschulleitung der Zentralen Evaluationsagentur übergeben werden. Damit war das Verfahren zunächst abgeschlossen und die Umsetzungsphase für die erkannten Probleme konnte beginnen.

Zusammenfassend bin ich der Meinung, daß ein Evaluationsverfahren grundsätzlich zu begrüßen ist. Es bietet die Möglichkeit, alle Verfahren und Abläufe innerhalb der Hochschule kritisch zu hinterfragen und nach Vereinfachungen und Verbesserungen zu suchen. So gesehen kann eine kritische Bewertung nicht nur der Fachbereiche sondern auch der ihnen zugeordneten Verwaltung nur nützlich sein.

Insgesamt würde eine Vereinfachung des Verfahrens durch vereinheitlichte Fragebögen mit der Möglichkeit des automatischen Lesens, der Bereitstellung von aufbereitetem Datenmaterial sowie eines gewissen Leistungsanreizes, insbesondere für die externen Gutachter, dem Erfolg zukünftiger Evaluationsverfahren dienlich sein. Bleibt mir abschließend noch die Hoffnung, daß die Umsetzung der Ergebnisse nicht nur als Aufgabe des Fachbereiches angesehen wird, sondern daß alle betroffenen Institutionen darin eine Verpflichtung sehen. ■

# Bündelung der Ressourcen

## Ein Beispiel zur Nachahmung ?

*Die Fachhochschulen Oldenburg, Ostfriesland und Wilhelmshaven haben am 15. Mai dieses Jahres eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet und sich damit vertraglich auf eine sehr enge und weitgehende Zusammenarbeit festgelegt. Kann die damit verbundene Bündelung von Ressourcen weiterhin eigenständiger Hochschulen ein Beispiel sein auch für andere Hochschulen?*

**Prof. Dr.-Ing. Dietrich Kirsch**  
**Rektor der Fachhochschule**  
**Wilhelmshaven**  
**Friedrich-Paffrath-Straße 101**  
**26389 Wilhelmshaven**  
 (Biewer, WZ-Foto)



### Die Entstehung der Kooperationsvereinbarung

Im April des Jahres 1996 haben einige Mitglieder der Landeshochschulkonferenz Niedersachsen mit dem Ministerpräsidenten des Landes bei einem Kammingespräch diskutiert, wie man an den Hochschulen des Landes durch strukturelle Veränderungen die Mittel erwirtschaften kann, die für die Weiterentwicklung der niedersächsischen Hochschulen dringend erforderlich sind, bei der bekannten finanziellen Situation des Landes Niedersachsen aber aus dem Landeshaushalt nicht zur Verfügung gestellt werden können. Ziel sollte sein, daß die Hochschulen dann, wenn sie entsprechende Mittel bereitstellen können, von weiteren Einsparmaßnahmen verschont bleiben, und daß die erwirtschafteten Mittel nicht abgeliefert werden müssen, sondern den Hochschulen verbleiben, ja mehr noch - so hat der Ministerpräsident später erklärt -, daß auf jede Mark, die von den Hochschulen zu diesem Zweck eingespart wird, vom Land Niedersachsen noch eine Mark dazugelegt wird, die ebenfalls für die Weiterentwicklung der Hochschulen verwendet werden kann. Es wurde in erster Linie von den universitären Hochschulen gesprochen, aber irgendwann wurde dann auch die Frage gestellt, was die Fachhochschulen beitragen können. Daß man dann über die drei Fachhochschulen im Nordwesten sprach, die kleinsten in Niedersachsen, kann eigentlich nicht verwundern.

Wir waren also betroffen, aber wir haben davon nichts gewußt, bis uns um die Monatswende April/Mai 1996 die Meldung einer Hannoverschen Zeitung erreichte, die Fachhochschule Wilhelmshaven solle an die Fachhochschule Oldenburg angegliedert werden. Wir waren überrascht, ja verstört, auch über den Stil, daß wir über die Absicht zu einer solch einschneidenden Veränderung aus der Presse erfuhren. Am 8. Mai dann rief mich Frau Ministerin Schuchardt an und teilte mir mit, daß die Zusammenlegung der Fachhochschulen Wilhelmshaven und Oldenburg geplant sei, aber selbstverständlich solle der Sitz dann am Ort des größeren Partners, also in Wilhelmshaven sein; Herrn Präsidenten Reiß von der Fachhochschule Oldenburg wurde am gleichen Tage die gleiche Nachricht von

Frau Ministerin Schuchardt telefonisch mitgeteilt. Dies rief natürlich in Oldenburg Empörung hervor, und auch in Wilhelmshaven war man keineswegs glücklich, wir sahen sehr schnell die Probleme einer zwangsweisen Fusion. Auch in der Fachhochschule Ostfriesland erkannte die Hochschulleitung, daß mit dem dann wesentlich größeren Nachbarn im Osten der Erhalt der Selbständigkeit der danach kleinsten Fachhochschule in Niedersachsen früher oder später gefährdet wäre. Antwort des Ministeriums auf die heftigen Proteste aus den drei Hochschulen: Dann sind eben mittelfristig alle drei Fachhochschulen im Nordwesten Niedersachsens zusammenzulegen.

In dieser Situation zeigte sich zum ersten Mal, daß zwischen den drei Hochschulleitungen ein belastbares Vertrauensverhältnis besteht. Nach einem ersten Gespräch der Ministerin mit Frau Präsidentin Jansen von der Fachhochschule Ostfriesland und Herrn Präsidenten Reiß sind wir am 20. Mai 1996 alle drei gemeinsam zu einem Gespräch mit der Ministerin und ihren Mitarbeitern nach Hannover gefahren und haben erklärt, daß wir eine enge Kooperation anstreben, aber an unserer Eigenständigkeit festhalten wollen; die angestrebten strukturellen Verbesserungen mit Einsparungen, die in unseren Hochschulen für neue Studienangebote verwendet werden sollen, könnten wir auch ohne eine Fusion erreichen, so haben wir vorgetragen. Wir sind damals auf wenig Verständnis gestoßen. Es wurde eine Arbeitsgruppe beim Ministerium für Wissenschaft und Kultur eingerichtet mit dem Ziel einer „organisatorischen Zusammenführung der Fachhochschulen Oldenburg, Ostfriesland und Wilhelmshaven“, und es wurde sehr schnell deutlich, daß das Ziel die Fusion sein sollte, eine Entscheidung sollte bis zum 10. Juli 1996 fallen.

Gegen diesen Zeitdruck und diese Zielvorgabe für eine angeblich offene Prüfung haben wir uns vehement gewehrt, und wir wurden dabei von Politikern aller Parteien und von vielen anderen Institutionen und Personen unterstützt, ich sage es einmal plakativ: Die Region hat zu ihren Fachhochschulen gestanden. Ich darf heute noch einmal Dank sagen für diese Unterstützung, mit der es uns gelungen ist, diesen unseriösen Termin 10. Juli 1996 zu „kippen“ und Zeit zu gewinnen, um eine Kooperationsvereinbarung auszuarbeiten. Den Vorwurf an diejenigen, die uns im Sommer 1996 dabei geholfen haben, sie hätten nur ein Veto gegen eine Fusion eingelegt, damit alles beim alten bliebe, müssen wir zurückweisen;

es ist uns im Gegenteil deutlich gesagt worden, daß wir bis zum Frühjahr 1997 eine wirklich konkrete Kooperation vereinbaren müßten.

Wir dürfen heute sagen, daß uns dies gelungen ist. Noch im Sommer 1996 haben wir zwei durch die drei Hochschulen paritätisch besetzte Projektgruppen eingerichtet, eine für den akademischen Bereich, die zweite für den Bereich der Verwaltung und der zentralen Einrichtungen; in meinem Urlaub habe ich einen ersten Entwurf einer Kooperationsvereinbarung geschrieben, der deshalb gelegentlich „Südtiroler Papier“ genannt wurde, habe dafür aus allen drei Hochschulen heftige Kritik zu hören bekommen, worin sich ausdrückt, daß die Erarbeitung der Kooperationsvereinbarung manchmal und für viele ein durchaus schmerzhafter Prozeß war.

## Der Inhalt

Was ist nun der Inhalt dieser Kooperationsvereinbarung? Die wichtigsten Punkte in Stichworten:

- Die drei Fachhochschulen verpflichten sich, neue Studienangebote in gegenseitiger Abstimmung zu planen und bestehende Studienangebote daraufhin zu überprüfen, ob und wie die Aufnahmekapazität anzupassen ist.
- Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen und zwischen den zentralen Einrichtungen sollen Stellen und Mittel im Umfang von 900.000,00 DM pro Jahr gewonnen werden, die für neue Studienangebote und neue Aufgaben einzusetzen sind.
- Etwa 20 Stellen werden in einen gemeinsamen Stellenpool und 500.000,00 DM in einen gemeinsamen Finanzpool eingebracht; diese Stellen und Mittel sollen vorrangig ebenfalls für neue Studienangebote verwendet werden.
- Bei der Weiterbildung des Personals, der didaktischen Qualifizierung der Lehrenden und bei der Frauenförderung arbeiten die drei Fachhochschulen zusammen, hierbei und zur Unterstützung des Technologietransfers gestatten sich die drei Fachhochschulen, ihre Einrichtungen gegenseitig zu nutzen.
- Für gemeinsame Vorhaben und für die Verwendung der gemeinsamen Stellen und Mittel ist ein besonderes Entscheidungsverfahren vereinbart worden; aus entsprechenden Vorschlägen erarbeiten die drei Hochschulleitungen gemeinsame Vorlagen zur Beschlußfassung durch alle drei Senate; wird eine Vorlage zweimal

abgelehnt, entscheidet das Kuratorium.

- Die drei Fachhochschulen richten ein gemeinsames Kuratorium ein, dem sieben Persönlichkeiten angehören, die sich der ganzen Region verpflichtet fühlen sollen und weder den drei Fachhochschulen noch dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur oder der Landesregierung angehören dürfen; das Kuratorium soll die drei Fachhochschulen in erster Linie beraten, nur in dem oben genannten, wahrscheinlich außerordentlich seltenen Fall hat das Kuratorium Entscheidungsbefugnis.
- Verwandte Fachbereiche der drei Fachhochschulen stimmen ihre Planungen, insbesondere die Planung der Lehrangebote, miteinander ab; entsprechende bereits jetzt getroffene Vereinbarungen zwischen Fachbereichen sind Bestandteil der Kooperationsvereinbarung.

## Ein Ausblick

Aus diesen Stichworten zum Inhalt der Kooperationsvereinbarung wird deutlich, daß wir uns jetzt, nach der Unterzeichnung, keineswegs auf ruhige Zeiten einrichten können. Die Vereinbarung ist Programm, die eigentliche Arbeit beginnt jetzt erst. Die drei Fachhochschulen sind gefordert, nun die Vereinbarung mit Leben zu füllen, wir müssen am Ende der Laufzeit von fünf Jahren konkrete Erfolge vorweisen können. Dies wird durchaus auch mit der einen oder anderen schmerzlichen Entscheidung verbunden sein. Ich will hier ein Problem ganz offen ansprechen: angesichts der in den letzten Jahren stark zurückgegangenen Zahlen der Studienanfängerinnen und Studienanfänger werden wir die Studienangebote in den Fachbereichen Elektrotechnik und Maschinenbau in Emden und Wilhelmshaven überprüfen müssen. Dabei ist keineswegs daran zu denken, daß - wie von manchen befürchtet - etwa ein ganzer Fachbereich geschlossen werden soll; dies wird niemand wollen, und es wäre auch nicht sinnvoll. Vielmehr sollten die Fachbereiche jeweils ein eigenes Profil entwickeln oder richtiger weiterentwickeln, denn zum Teil gibt es dies ja schon; sie müssen attraktiv werden für eine vermutlich wieder steigende Zahl von Studierenden der Ingenieurwissenschaften. Wir sollten aber auch sehen, daß frühere Zahlen wohl kaum wieder erreicht werden, daß es also notwendig werden kann, Kapazitäten in andere Studienangebote zu verlagern. Ich habe die Überprüfung der Studienangebote in Elektrotechnik und Ma-

schinenbau als die Aufgabe herausgegriffen, die mir derzeit eine der wichtigsten zu sein scheint. Die Kooperationsvereinbarung gibt uns die große Chance, diese Aufgabe selbst anzugehen und selbst zu lösen, ohne daß von außen eingegriffen wird. Eine weitere wichtige Aufgabe, die wir im Rahmen unserer Kooperation gemeinsam angehen müssen, auch wenn sie in unserer Vereinbarung nicht ausdrücklich erwähnt wird, ist die bevorstehende Einführung des Globalhaushalts, die für die niedersächsischen Fachhochschulen zum 1. Januar 1999 vorgesehen ist. Auch dabei sehe ich die Chance, gemeinsam mehr zu erreichen und effektiver zu arbeiten als dies eine Fachhochschule allein könnte.

Wir haben bei der Erarbeitung der Kooperationsvereinbarung gelernt, vertrauensvoll miteinander umzugehen. Wenn wir mit diesem Vertrauen zueinander die vor uns liegenden, schwierigen Aufgaben in Angriff nehmen, dann habe ich an einem Erfolg unserer Kooperation keinen Zweifel. ■

## Maßgeschneiderte Qualitätsmanagementsysteme

Zur Verbesserung ihrer Serviceleistungen haben sich drei Ford-Autohäuser aus der Region Mönchengladbach/Kempen zusammengeschlossen und gemeinsam mit der FH Köln maßgeschneiderte Qualitätsmanagementsysteme nach DIN EN ISO 9002 entwickelt. Die Autohäuser wurden von einem Diplomandenteam durchleuchtet, die internen Prozesse in enger Zusammenarbeit mit den Geschäftsführern und Mitarbeitern analysiert, optimiert und die Ergebnisse in einem Qualitätshandbuch dokumentiert. Zugleich schulten die Diplomanden die Mitarbeiter in Qualitätsdenken und -handeln. Die Zertifizierungen seitens der Firma Ford nach internen Qualitätsanforderungen als auch durch ein akkreditiertes Prüfinstitut sind erfolgreich abgeschlossen und erreichten überdurchschnittliche Bewertungen. Die Nachfrage weiterer Betriebe bei den Professoren Dr. Max Klöcker (FB Konstruktionstechnik) und Dr. Georg v. Landsberg (FB Informatik) nach Unterstützung bei der Einführung von Qualitätsmanagementsystemen zeigt deutlich, daß die Hochschule mit ihrem Projekt einem aktuellen Bedürfnis vieler Betriebe nach Kundenorientierung entgegenkommt.

Prof. Dr. Max Klöcker  
FH Köln, FB Konstruktionstechnik  
Betzdorfer Str. 2  
50679 Köln



Baden-Württemberg

**Studentin im Fachbereich Bauingenieurwesen der Hft in Stuttgart erhält den CDA-Preis**

*Schachtbrunnenbau in Benin – Hilfe zur Selbsthilfe*

Charlotte Lorenz, eine Studentin der Hochschule für Technik in Stuttgart, machte das Thema „Schachtbrunnenbau“ zum Gegenstand ihrer Diplomarbeit, die sie im Wintersemester 96/97 im Fachbereich Bauingenieurwesen anfertigte.

Ihre praxisnahe Diplomarbeit erfuhr von der Jury, die der Carl Duisberg Arbeitskreis Baden-Württemberg (CDA) mit der Vergabe seines jährlich ausgelobten Förderpreises beauftragt hat, hohe Anerkennung. Am 13. November 1997 erhielt Charlotte Lorenz den mit 5.000 DM dotierten ersten Preis des CDA. Der mit 3.000 DM ausgestattete zweite Preis geht an Dipl.-Ing. (FH) Axel Hartleben von der Fachhochschule Aalen – Hochschule für Technik, der für seine wissenschaftliche Untersuchung augenoptischer Versorgungsprobleme im südlichen Afrika ausgezeichnet wird.

Der Carl Duisberg Arbeitskreis Baden-Württemberg ist eine von der baden-württembergischen Wirtschaft getragene gemeinnützige Einrichtung im Verbund der Carl Duisburg Gesellschaft. Mit seinen an baden-württembergischen Fachhochschulen ausgeschriebenen Förderpreis trägt er dazu bei, die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit und die Idee der Hilfe zur Selbsthilfe ins Blickfeld des akademischen Nachwuchses zu rücken.

PM der Fachhochschule Stuttgart  
v. 07.11.1997



Bayern

**Schulterschuß des VHB mit FH-Präsidenten**

*Der neugewählte Sprecher der Präsidenten-Konferenz der Bayerischen FHn Prof. Dr. Josef Herz, Präsident der FH Weihenstephan, rief in Nürnberg den Vorstand des VHB (Verband der Hochschullehrer an bayerischen Fachhochschulen in Bayern e.V./hnb-Landesverband) zu engerer Zusammenarbeit auf.*

Der bayerischen Politik müsse, so Herz, auf allen Ebenen der Politik verdeutlicht werden, der von ihr geplante Einzug freiwerdender Professorenstellen werde die Übernahme zusätzlicher Aufgaben wie die Umstrukturierung des Studiums zur Ermöglichung internationaler Abschlüsse wie „Bachelor“ und „Master“ verhindern.

Aus den derzeitigen Beratungen des Bayerischen Senats berichtete Prof. Dr. Herz, der im § 19 des neuen Entwurfs des Hochschulrahmengesetzes des Bundes und im Art. 86 der geplanten bayerischen Hochschulnovelle übereinstimmende Diskriminierungseinschub scheinbar nach Informationen aus dem Bundesrat in Bonn nicht mehr gewollt zu sein (deutsche Diplome seien gleich Master, „mit Ausnahme von FH-Studiengängen“).

Dieser Einschub und der damit verbundene innerdeutsche Abwertungsversuch hatte deshalb Empörung im VHB ausgelöst, weil das deutsche FH-Diplom von vielen Hochschulen Großbritanniens, Kanadas und der USA längst als dem Master äquivalent anerkannt werde (z.B. als Voraussetzung für die Zulassung zur Doktorprüfung).

Das Erscheinen von Prof. Dr. Herz auf der Nürnberger VHB-Tagung, an der auch der designierte Rektor der Georg-Simon-Ohm FH, Prof. Dr. Herbert Eichele

teilnahm, war der erste formelle Besuch des VHB durch die Präsidentenkonferenz. Das wurde vom VHB-Landesvorsitzenden, Prof. Dr. Dietrich Grille (GSO-FH-Nürnberg), dankbar gewürdigt.

Dietrich Grille



Brandenburg

**Düstere Zukunft in Brandenburg**

*Haushalt 98, Hochschulentwicklungsplan und die Novelle des Brandenburgischen Hochschulgesetzes*

Der Vorlage des neuen Hochschulrahmengesetzes (HRG) folgte in Brandenburg die Novelle des Landeshochschulgesetzes auf dem Fuße. Bereits kurz nach Bekanntgabe der HRG-Einigung hat Minister Reiche seinen Entwurf in der Öffentlichkeit damit begründet, Hochschulen durch mehr Autonomie und Eigenverantwortlichkeit in der internationalen Welt der Wissenschaft fit für den Wettbewerb zu machen. Der Entwurf löste bei den betroffenen Hochschulen eine Flut von Änderungsvorschlägen aus mit dem vorherrschenden Ziel, den Gesetzentwurf der mitgelieferten Begründung deutlich anzunähern. Denn Deregulierung und Stärkung der Autonomie werden von den Brandenburger Hochschulen weitaus konsequenter als in der Novelle vorgesehen gefordert. Weniger Staatseingriff ist auch eine notwendige Voraussetzung zur Bewältigung der schwierigen finanz- und personalwirtschaftlichen Probleme, die sich vor allem aus der gegenwärtigen Haushaltslage des Landes ergeben. Diese Probleme werden nach dem vom Kabinett verabschiedeten Hochschulentwicklungsplan (HEP) in den nächsten Jahren noch verschärft.

Der im Oktober nach mehrwöchigem Hick-Hack zwischen Staatskanzlei und Ministerien veröffentlichte HEP ist eine derbe Enttäuschung für die Hochschulen und den zuständigen Minister. Es wäre ein seitenfüllendes Vorhaben, die jüngsten Erklärungen der Regierung Stolpe und seiner Minister sowie die Parteibeschlüsse der SPD-Brandenburg zur Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für das Land aufzulisten. Die tatsächliche Politik macht all dies zur Makulatur. Der HEP stoppt nicht nur den personellen und sächlichen inneren Aufbau der Hochschulen, der Haushalt 98 reduziert sogar effektiv bei deutlich weiter steigenden Studierendenzahlen die Ausstattung der Hochschulen mit Personal- und Sachmitteln. Die Fachhochschulen werden von dieser Entwicklung doppelt getroffen. Zum einen verabschiedet sich der Minister von dem Ziel, 40% der Studienplätze bis 2001 an den Fachhochschulen zu realisieren. Dies ist besonders widersinnig in Zeiten knapper Mittel, in denen eine Konzentration des Aufbaus auf die ja deutlich preiswerteren Studienplätze sinnvoll wäre. Zum anderen waren die Personalhaushalte der Universitäten von Anfang an fast vollständig etatisiert, während die Fachhochschulen heute erst zwischen 55 und 75% ihrer Stellen im Haushalt haben. Ein wenig Hoffnung setzen die Hochschulen noch auf die Beratungen im Parlament, in dem Korrekturen eingebracht sind und von denen angesichts nicht verwendeter Mittel im Wirtschaftsressort auch endlich eine deutliche Stärkung des Forschungsverbundes von Hochschule und Wirtschaft erwartet werden.

Die Fachhochschulen des Landes erwarten jedoch vom Haushalt 1998 noch keine durchgreifende Besserung ihrer Unterfinanzierung. Flexibles Handeln der Hochschulen ist deshalb unbe-

dingt erforderlich, um Verluste durch staatliche Eingriffe zu minimieren. Die eigenverantwortliche Bewirtschaftung der Sach- und Personalmittel, die selbständige Gestaltung von Lehre und Studium in Abstimmung mit dem Beschäftigungssystem ohne langwierige staatliche Genehmigungs- und Bestätigungsverfahren von neuen Studienangeboten gehören ebenso zu den noch zu erfüllenden Forderungen der Hochschulen wie eine deutlichere Reduzierung von Regelungsvorhalten durch das Ministerium. Die Novelle des brandenburgischen Hochschulgesetzes wird die Weichen für die Zukunft stellen, der Minister muß die Forderung nach dem schlanken Staat für sein Ressort noch stärker selbst realisieren.

Die in der Novelle vorgesehenen Gestaltungsspielräume für die Hochschulen sind allerdings gegenüber sonstigen Hochschulgesetzen in Deutschland schon deutlich größer geworden. So können Veränderungen von Studien- und Prüfungsordnungen durch die Hochschulen selbst realisiert werden. Die Bestätigung liegt beim Präsidenten. Einzelne Hochschulen haben sich bereits auf den Weg gemacht und werden die vorgesehenen Möglichkeiten nutzen: Auch die in anglo-amerikanischen Hochschulen üblichen Abschlüsse werden im Land Brandenburg eingeführt. Die Fachhochschule Brandenburg hat bereits ein internationales Studienangebot „Technologie- und Innovationsmanagement“ mit dem Mastergrad als Abschluß eröffnet.

Die Leistungsfähigkeit von Hochschulen wird auch durch ihre Leitungsstruktur bestimmt. Klares Ziel der Gesetzesnovelle ist die Konzentration von Verantwortung. Sowohl durch eine präsidiale Leitung, als auch durch die Stärkung der Dekane sollen die Entscheidungsträger in den Hochschulen handlungsfähiger werden. Hier regen die

Hochschulen übereinstimmend an, auch Vizepräsidenten zu ermöglichen. Die Mehrzahl der Fachhochschulen steht der Stärkung der Verantwortlichkeit von Dekan und Präsident positiv gegenüber. Autorität wird ein Präsident im Hochschulbereich jedoch nur erlangen können, wenn er über wissenschaftliche Qualifikationen verfügt, die ihn für eine Hochschulprofessur berufen machen. Dies wird von vielen Hochschulen als Mindestqualifikation für Präsidentschaftskandidaten gefordert.

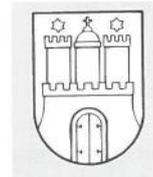
Sehr weit geht das Gesetz auch in der Frage, wer Dienstherr der Hochschulbeschäftigten sein soll. Dem Präsidenten werden nach dem Entwurf die vollen Rechte und Pflichten eines Arbeitgebers und obersten Dienstherrn übertragen. Diese Regelung ist auf den ersten Blick bestechend. Die Hochschulen sehen sich jedoch angesichts der im Hochschulentwicklungsplan festgeschriebenen Unterfinanzierung bis zum Jahre 2001 nicht in der Lage, die damit verbundenen Belastungen zu tragen. Sie fordern daher, vom Land nur die Dienstherrnfunktionen in eigener Verantwortung zu übernehmen.

Wohin es führt, wenn Hochschulen auch für die Ruhestandsbezüge der Beamten und weitere Leistungen zuständig wären, ist gerade in Berlin durchgerechnet worden: Einzelne Hochschulen wären bereits im Jahre 2003 zahlungsunfähig.

Die gesellschaftliche Rechenschaftspflicht und die stärkere Einbindung der Hochschulen in das Wirtschaftsleben soll durch einen Landeshochschulrat für alle Hochschulen des Landes eingelöst werden. Die Fachhochschul-Rektoren sehen diese Ziele eher dadurch erreichbar an, daß jeder Hochschulrat mit etwa 9 Mitgliedern zugeordnet wird. Die erforderliche landesweite Koordination könnte in einem Landes-

hochschulrat gesichert werden, dem die Vorsitzenden der Hochschulräte angehören. Der Gesetzentwurf sieht das alleinige Recht des Ministers zur Benennung der Mitglieder des Landeshochschulrates, bzw. der Hochschulräte vor. Die Skepsis der Hochschulen, daß diese Regelung ein Übergewicht politisch bestimmter Erwägungen in der Zusammensetzung des Gremiums erlaubt, ist nachvollziehbar. Daher wird zumindest ein Vorschlagsrecht für die einschlägigen wissenschaftlichen und künstlerischen Akademien, anderer Institutionen und der Hochschulen gefordert.

Prof. Dr.-Ing. Helmut Schmidt  
Rektor der FH Brandenburg  
Sprecher der Fachhochschulen  
des Landes  
Stellv. Vorsitzender der  
Brandenburgischen  
Landesrektorenkonferenz  
Magdeburger Str. 53  
14770 Brandenburg  
an der Havel



Hamburg

### Hamburg will Praxisbezug der Hochschulen stärken

*Auch in Zukunft will Hamburg grundsätzlich keine Eingangsprüfungen bzw. hochschuleigene Auswahlverfahren und auch keine Studiengebühren einführen, so die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und GAL.*

Die Fachhochschule soll über die Kooperation mit einem privaten Investor ein neues Gebäude am Berliner Tor erhalten; damit kann die bisherige Vielzahl der Fachbereichsstandorte der Fachhochschule auf vier reduziert werden. Über die Neuordnung des Architektur-/Städtebau-Studiums an der Kunsthochschule wird nach Auswertung der fachlichen Anhörungen entschieden. Die FH war in den Strudel

der Überlegungen über eine grundsätzliche Neustrukturierung hineingeraten.

Der Ausbau der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH) wird fortgesetzt. Es wird angestrebt, die studentischen Ausbildungskapazitäten der Hochschule in derzeit unterausgelasteten Studiengängen stärker auszuschöpfen.

Die sich verändernden Anforderungen an die Kompetenzprofile der Hochschulabsolventinnen und -absolventen sollen sich im Studium stärker widerspiegeln. Im Interesse einer stärkeren Problemlösungskompetenz werden die Hochschulen aufgefordert, einen stärkeren Praxisbezug, z.B. durch hochschulgelinkte Praktika, herzustellen.

Die Studiengänge sollen so strukturiert werden, daß ein transparenter Studienaufbau die Studierenden in die Lage versetzt, ihr Studium inhaltlich und zeitlich klarer zu gestalten. Die Studienberatung insbesondere in der Studi-



**Krista Sager**, Senatorin für Wissenschaft und Forschung sowie für Gleichstellung in Hamburg seit 12.11.1997

Geboren 1953 in Bremen, 1972 Abitur, Deutsch- und Geschichtsstudium an der Universität Hamburg, 1985 2. Staatsprüfung für Lehramt an Gymnasien.

Seit 1982 Mitgliedschaft DIE GRÜNEN, 1994-1996 Bundesvorstandssprecherin, 1996-1997 Landesvorstandssprecherin, Okt. 1997 Wahl zur Vorsitzenden der GAL-Bürgerschaftsfraktion.

eneingangsphase soll deutlich verbessert werden. Die Qualität der Lehre soll durch eine bessere didaktische Befähigung des Lehrpersonals und durch Evaluationsverfahren von Fachbereichen und Lehrveranstaltungen - auch unter Beteiligung der Studierenden - erhöht werden.

Die Hochschulen sollen im Sinne echter Selbstverwaltungskörperschaften gestärkt werden. Zu diesem Zweck werden die staatlichen Zuwendungen globalisiert vergeben und wird das Hochschulfinanzierungssystem auf eine stärker aufgaben- und leistungsbezogene Mittelverteilung orientiert. Die politische Einflußnahme auf die Hochschulen geschieht immer weniger über Detailsteuerung als vielmehr über Leistungs- bzw. Zielvereinbarungen. Die Hochschulfinanzierung wird sich künftig stärker an den in Lehre und Forschung sowie bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses erbrachten Leistungen orientieren.

Die Hochschulen bedürfen nach Ansicht der Koalitionspartner einer Stärkung ihrer Management- und Leitungsstrukturen, die sie in die Lage versetzt, ihre Aufgaben besser und wirkungsvoller zu erfüllen. Damit einher gehen Einsparungen in der Verwaltung des Hochschulamtes und ein Abbau von Doppelverwaltungen.

Es soll geprüft werden, ob die Ausbildung für den allgemeinen Verwaltungsdienst von der bisherigen Fachhochschule für öffentliche Verwaltung an die Fachhochschule Hamburg bzw. die Hochschule für Wirtschaft und Politik verlagert werden kann. Die Prüfung soll 1999 abgeschlossen sein. Bei einer Verlagerung werden die notwendigen Ressourcen mitverlagert.

*Grundlagenvereinbarung über eine Koalition zwischen SPD und GAL in Hamburg für die Legislaturperiode 1997 - 2001  
Hamburg, den 6. 11. 1997*

mk.



Rheinland-  
Pfalz

### Für eine schrittweise Lösung der Hochschulprobleme

*Das Gespräch des hlb mit Wissenschaftsminister Zöllner über HRG, Internationalisierung und Ausstattung der Fachhochschulen in Rheinland-Pfalz fand vor dem Hintergrund studentischer Proteste statt*

Mainz, 21. 11. 1997. Der Protest der Studenten ist berechtigt, aber er darf die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) nicht gefährden: In dieser Einschätzung waren sich *Werner Kuntze*, Präsident des Hochschullehrerbundes (hlb), und Wissenschaftsminister *Jürgen Zöllner* einig. „Das HRG wird nicht alle Probleme der Hochschulen lösen,“ so *Kuntze*, „schon gar nicht deren finanzielle Unterausstattung aus der Welt schaffen, es ist aber ein erster Schritt, den Hochschulen notwendigen Spielraum und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verschaffen.“

*Kuntze* fand Unterstützung durch die Präsidenten der Fachhochschulen Kaiserslautern und Trier, *Richard Herbrink* und *Klaus Zellner*. Sie wiesen darauf hin, daß insbesondere die Fachhochschulen in Rheinland-Pfalz eine Vielzahl neuer Aufgaben übernommen hätten, für die sie nicht ausreichend ausgestattet seien.

Wissenschaftsminister *Zöllner* ermutigte die Fachhochschulen, Auftragsforschung zu intensivieren und damit Einnahmen zu erzielen. Der Vorsitzende des hlb-Rheinland-Pfalz, *Rolf Müller* (FH Trier/Idar-Oberstein), erreichte die Zusage *Zöllners*, gemeinsam über Möglichkeiten nachzudenken, wie der Forschungsfreiraum für die Professorinnen und Professoren an den Fachhochschulen erweitert werden kann.

mk.

### Neue Ingenieur-Talente für neue Aufgaben

#### VDI erarbeitet künftiges Berufsbild

*Neue Anforderungen verlangen auch neue Talente von den künftigen Ingenieurinnen und Ingenieuren - z.B. im sprachlichen und gesellschaftlichen Bereich. Der VDI Verein Deutscher Ingenieure hat deshalb jetzt ein Memorandum erarbeitet, in dem ein modernisiertes Berufsbild der Ingenieure vorgestellt wird.*

Wichtig ist die gesellschaftspolitische Kompetenz der Ingenieure. Es geht darum, die sozialen, politischen, ökonomischen, ökologischen und ethischen Dimensionen in das ingenieurwissenschaftliche Planen und Handeln bei der Entwicklung und Verwendung der Technik einzubeziehen. Ingenieure müssen außerdem bereit und fähig sein zu fachübergreifender Kooperation in Arbeitsteams und Entscheidungsgremien und damit zu systematischem und vernetztem Denken und Handeln. Fremdsprachen sowie mobiles und flexibles Verhalten sind in Zukunft in einem von Internationalisierung geprägten Arbeits- und Berufsfeld unerlässlich. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit für grundlegende Änderungen bei den Strukturen der Ausbildung, der Auswahl der Studieninhalte und der Lehrmethoden.

#### Sprachtalent gefragt

Der VDI hofft, daß in Zukunft mehr Schulabgänger ein Ingenieurstudium aufnehmen, die Begabungen auch in sprachlichen und anderen Bereichen außerhalb von Naturwissenschaften und Mathematik aufweisen. Diese Kenntnisse und Fähigkeiten sollen die fachliche Qualifikation der angehenden Ingenieure ergänzen und abrunden und zu kreativen Problemlösungen, kooperativem Sozialverhalten mit

Führungs- und Kommunikationskompetenz und ganzheitlicher Betrachtung bei einem technischen Projekt befähigen. Nur so ist verantwortliches, menschliches und umweltgerechtes Handeln als Ingenieur in Zukunft umzusetzen.

Mit ihrem beruflichen Engagement tragen Ingenieurinnen und Ingenieure zur Lösung drängender Gegenwartsprobleme bei: Prozesssteuerungen für Rohstoffeinsparungen, Prozeß- und Meßtechniken für umweltfreundliche und effiziente Energieumwandlung, Abgaskatalysator und ABS im Auto oder globale Kommunikation über weltweite Netze - ohne den Erfindergeist von Ingenieuren wären diese Innovationen nicht möglich. Fortschritte in der Medizintechnik, wie z.B. Telemedizin und minimal invasive Chirurgie helfen dabei, die medizinische Versorgung weiter zu verbessern.

Dafür sollen Ingenieure sich nicht nur durch Formeln und Zeichnungen, sondern auch durch Argumente verständlich machen können. Sie müssen Politik und Gesellschaft ständig daran erinnern, daß verantwortungsbewußt eingesetzte Technik als Quelle von Innovationen und Produktivität eine Schlüsselrolle für das Bestehen des Wirtschaftsstandorts Deutschland spielt. Ingenieurinnen und Ingenieure gestalten mit ihrem beruflichen Engagement die Zukunft von Umwelt und Gesellschaft aktiv mit. Damit ist der Ingenieurberuf heute für Männer und Frauen gleichermaßen eine interessante und lohnende Herausforderung.

*Das Memorandum ist zu beziehen durch die VDI-Hauptgruppe,  
Postfach 10 11 39, 40002  
Düsseldorf, Telefon:  
0211/6214419, Telefax:  
0211/6214-148, Internet:  
HYPERLINK <http://www.vdi.de>  
<http://www.vdi.de>  
VDI Presseinformation 365/97  
v. 7.11.1997*

**Fit für die ökologische Herausforderung**

**Neues Studienangebot „Ökonomie, Ökologie und Ethos“ für Betriebswirte an der Fachhochschule Niederrhein**

*Betrieblicher Umweltschutz ist in der Praxis nach wie vor hauptsächlich noch technischer Umweltschutz. Neues Studienangebot soll die „betriebswirtschaftliche Lücke“ schließen helfen.*

Seit dem Sommersemester 1997 können sich die Studierenden der Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule Niederrhein in Mönchengladbach über Methoden des Öko-controlling, organisatorische Konsequenzen der Einführung eines Umweltmanagementsystems

**Inhalte des Studienangebots an der FHN:**

**Einführung in die Umweltökonomie**

- Begriff, Ethische Grundlage
- Aufgaben und Leitbilder
- Ursachen des Umweltproblems

**Betriebswirtschaftliche Aspekte**

- Umweltmanagementkonzepte
- Organisation des Umweltschutzes
- Umweltschutz in den Funktionsbereichen
- Umweltinformationssysteme
- Umweltorientierte Kommunikation

**Volkswirtschaftliche Aspekte**

- Nutzen des Umweltschutzes, Kosten der Umweltbelastung
- Umweltpolitik
- Ökologische Auswirkungen von Wirtschaftswachstum und Strukturwandel
- Einzel- und gesamtwirtschaftliche Auswirkungen des Umweltschutzes

und die Auswirkungen unterschiedlicher Instrumente der Umweltpolitik auf die Unternehmen informieren.

Im Grundstudium umfaßt das neue Wahlfach vier Veranstaltungen zu den Grundlagen der Umweltökonomie sowie zu betriebs- und volkswirtschaftlichen Aspekten des Umweltschutzes (vgl. Kasten).

Im Hauptstudium können die Studierenden dann im Rahmen eines Seminars ihre Kenntnisse in ausgewählten volks- oder betriebswirtschaftlichen Themenbereichen vertiefen. Hier kann es sowohl um die Zertifizierung eines betrieblichen Umweltmanagementsystems gemäß der EG-Öko-Audit-Verordnung, die Absatzchancen umweltfreundlicher Produkte oder die gesamt- oder regionalwirtschaftlichen Auswirkungen einer „ökologischen Steuerreform“ gehen.

**Ausbildungsziel: Sensibilisierung**

Die Vermittlung umweltökonomischer Grundkenntnisse verfolgt das Ziel, die Studierenden mit Blick auf ihre zukünftige berufliche Tätigkeit für Umweltschutzelange zu sensibilisieren. Hiermit verbunden ist die Hoffnung, daß sich z.B. der Mitarbeiter in der Einkaufsabteilung an die Veranstaltungen in der Hochschule erinnert und vorwiegend umweltfreundliche Vorprodukte, Halbezeuge oder Komponenten ordert, wovon er sich auch Kosteneinsparungen verspricht.

Die in der Marketingabteilung beschäftigte FHN-Absolventin könnte sich aufgrund ihrer Kenntnisse für die Entwicklung und den Vertrieb ökologischer Produktvarianten stark machen, da sie aufgrund entsprechender Untersuchungen von erheblichen Marktpotentialen ausgeht. Sie erwartet hierdurch jedoch auch zunehmenden Imagegewinn sowie eine Verbesserung der Marktstellung ihres Unternehmens.

**Zusatzkompetenz für Absolventen und Hochschule**

Die Entscheidung für das neue Studienangebot ermöglicht den Studierenden die Erlangung einer praxisrelevanten Zusatzkompetenz, die ihnen im immer härter werdenden Wettbewerb um qualifizierte Arbeitsplätze zugute kommt. Aufgrund ihrer Kenntnisse der ökonomisch-ökologischen Zusammenhänge werden sich die Absolventinnen und Absolventen außerdem auch als kompetente Gesprächspartner sowohl für die in vielen Unternehmen beschäftigten Umweltschutzbeauftragten, aber auch für die mit dem technischen Umweltschutz betrauten Kolleginnen und Kollegen erweisen. Gerade mit Blick auf den betrieblichen Umweltschutz kommt der immer wieder geforderten Fähigkeit zur interdisziplinären Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung zu. Diese Zusammenarbeit über die fachlichen Grenzen hinweg erhält dann ein noch größeres Gewicht, wenn Unternehmen im Rahmen von umweltbezogenen Systempartnerschaften Möglichkeiten der Verminderung der Umweltwirkungen des gemeinsam erstellten und vertriebenen Produkts über den gesamten Lebenszyklus anstreben.

Aber auch der Wettbewerb der Hochschulen um qualifizierte und motivierte Studierende wird sich verschärfen. Die Attraktivität des Studienangebotes als Determinante für die Wahl des Studienplatzes wird zunehmend wichtiger werden. Mit der Aufnahme des neuen Studienangebotes wird die Fachhochschule Niederrhein um eine weitere Attraktivität reicher.

**Technischer Umweltschutz dominiert nach wie vor.**

Für die Mehrzahl der deutschen Unternehmen ist Umweltschutz nach wie vor

technischer Umweltschutz, also die umweltbezogene Veränderung von Produktionsverfahren oder Produkten. So gaben 80% der im Rahmen einer Untersuchung des Umweltbundesamtes befragten Unternehmen an, der Produktionsbereich sei der von Umweltbelangen hauptbetroffene Bereich. Demgegenüber wiesen nur etwa 30% dem Marketing große Umweltbetroffenheit zu. Personalwesen sowie Controlling hielten lediglich jeweils 10% für vom Umweltschutz stark betroffene Bereiche. Somit ist es nicht verwunderlich, daß sich auch die Hochschulen bisher fast ausschließlich in den technischen Fachbereichen mit Umweltthemen beschäftigen. Dies galt auch für die Fachhochschule Niederrhein, wo beispielsweise in den einzelnen Schwerpunkten des Studiengangs Textiltechnik bereits seit einiger Zeit das Fach Umwelttechnik gelehrt wird.

Mit der Aufnahme des Themenbereichs Ökonomie und Ökologie in die Ausbildung der Betriebswirte folgt die Fachhochschule der Einschätzung, daß ein nachhaltiger Schutz der Umwelt durch die Betriebe nur dann erwartet werden kann, wenn der Umweltschutzgedanke in allen Unternehmensbereichen Eingang gefunden hat. Das Leitbild der Ausbildungsinhalte ist das eines offensiven, über die Erfüllung gesetzlicher Vorgaben deutlich hinausgehenden Umweltmanagementkonzeptes, das die in der Praxis häufig anzutreffende „betriebswirtschaftliche Lücke“ des betrieblichen Umweltschutzes zu schließen hilft.

Prof. Dr. Martin Wenke  
 Fachhochschule Niederrhein  
 Fachbereich Wirtschaft 08  
 Webschulstraße 41-43  
 41065 Mönchengladbach  
 Telefon: 02161 186-817  
 Fax: 02161 186-880  
 E-Mail: martin.wenke@mg.fh-niederrhein.de

### Neue Lieferung zum HRG-Kommentar von Hailbronner

Der führende, von Hailbronner herausgegebene Kommentar zum Hochschulrahmengesetz, verlegt vom C.F. Müller Verlag, hat im Juni 1997 seine 17. durchgesehene Ergänzungslieferung erhalten.

Im folgenden wird vor allem der für die Leser des *h/b* wichtige §50 besprochen. Zuvor erscheint aber eine Anmerkung zu der Kommentierung des §2 angebracht: *Arndt* wiederholt hier unter der Überschrift „Die Bestimmung unterschiedlicher Aufgaben“ seine frühere Darlegung über die Fachhochschulen, ohne auf das im gleichen Kommentar erschienene, inhaltlich abweichende „Recht der Fachhochschulen“ von *Waldeyer* (neu gefaßt 1995) auch nur mit einem Wort einzugehen<sup>1)</sup>. Eine solche Unterlassung - dies sei auch dem Verlag gesagt - ist nicht hinzunehmen.

Zu den „Dienstrechtlichen Sonderregelungen“ nach §50 hat *Waldeyer* eine Neufassung vorgelegt, die auch auf mehrere Neuregelungen eingeht, die seit der letzten Lieferung ergangen sind. Einmal wurden in Abs. 1 der Vorschrift in Satz 3 die Veränderungen berücksichtigt, die sich aus der Neuregelung der Vorschriften des Beamtenrechtsrahmengesetzes über die Arbeitszeit ergeben. Der neue § 44a BRRG ist auch für Professoren gültig (11. Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 20.5.1994, BGBl I S. 1078). Er ermöglicht jetzt den Ländern, Beamtenverhältnisse in Teilzeit auch unabhängig vom Willen des Bewerbers zu begründen. *Waldeyer* stellt hierzu fest, daß eine solche „Zwangsteilzeitbeschäftigung“ mit den Grundsätzen des Berufsbeamtentums nicht vereinbar sei<sup>2)</sup>.

Nach § 44 b BRRG kann bestimmt werden, daß Beamten in Bereichen, in denen ein Bewerberüberhang

besteht, auf Antrag Urlaub ohne Dienstbezüge bewilligt werden kann, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Auch diese Urlaubsgewährung gilt nach § 50 Abs. 1 S. 3 HRG für Professoren. *Waldeyer* hat gegen diese Geltung keine Einwände.<sup>3)</sup>

Von den Vorschriften über die Verlängerung von Beamtenverhältnissen auf Zeit, die auch für Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter gelten (§ 50 Abs. 3), kommentiert *Waldeyer* eine für Fachhochschulen positive Veränderung: Sie geht auf eine HRG-Änderung vom 24.2.1997 zurück und besteht darin, daß auf Antrag ein Dienstverhältnis auch in dem Umfang zu verlängern ist, in dem eine wissenschaftliche Tätigkeit „außerhalb des Hochschulbereichs“ ausgeübt worden ist (§ 50 Abs. 3 S. 2). Diese Ausweitung der Verlängerung ist nach *Waldeyer* vor allem sinnvoll für die Gewinnung von praxiserfahrenen Nachwuchswissenschaftlern, die für eine Berufung als Professoren an eine Fachhochschule in Frage kommen. Hierdurch verbessern sich Berufungschancen für Nachwuchswissenschaftler.<sup>4)</sup>

Zum Schluß noch eine Bemerkung, die den Gesetzestext selbst betrifft: Der Verlag hat auf S. 30 einen Gesetzestext zu § 50 HRG ausgeliefert, der von dem Gesetzestext abweicht, den er der Kommentierung auf S. 2 voranstellt. In dem der Kommentierung vorangestellten Text kommen in § 50 Abs. 3 in den Sätzen 2 bis 4 Fälle vor, die der Gesetzestext auf S. 30 nicht mehr enthält. Sie schlagen sich auch in *Waldeyers* Kommentar nieder. Hier ist dringend eine Berichtigung des Gesetzestextes durch den Verlag geboten.“

Dr. Peter Dallinger  
Pützstr. 7  
53343 Wachtberg

- 1) Zu § 2 Rdnr 80 bis 84
- 2) zu § 50 Rdnr 10, ebenso Battis/Grigolet „Zulässigkeit und Grenzen von Teilzeitbeamtentum“ u.a.
- 3) Zu § 50 Rdnr 11
- 4) Zu § 50 Rdnr 77

## Grundstudium Betriebswirtschaftslehre

### Investitions- und Finanzplanung

Eine Einführung in finanzwirtschaftliche Entscheidungen unter Sicherheit

Von Prof. Dr. **Hartmut Walz** und Prof. Dr. **Dieter Gramlich**.  
5., neubearbeitete Auflage 1997,  
327 Seiten mit 63 Abb. und Tab. sowie einer Diskette,  
Kt. DM 49,- / öS 358,- / sFr 45,50  
ISBN 3-8005-2028-1 · Band 3

„Investitions- und Finanzplanung“ ist ein einführendes, entscheidungsorientiertes Lehrbuch zur betrieblichen Finanzwirtschaft. Dynamische und statische Modelle zur Beurteilung finanzwirtschaftlicher Projekte werden kritisch anhand von Beispielen analysiert. Die Konsequenzen unternehmerischer Entscheidungen für die betriebliche Zahlungsmittelsphäre werden verdeutlicht und Ansätze zur Planung und Steuerung der Unternehmensliquidität besprochen. Auch werden jüngere finanzwirtschaftliche Instrumente wie das Verfahren der Duration und Cash-Management-Systeme vorgestellt. Die im Buch enthaltenen Aufgaben zur Selbstüberprüfung einschließlich erklärender Musterlösungen fördern das Verständnis für die behandelte Thematik. Die beigelegte Diskette enthält mehrere selbsterklärende Excel-Programmierungen zur bequemen Ermittlung der gängigen dynamischen Vorteilhaftigkeitskennziffern.

### Handels- und Steuerbilanzen

Einschließlich der Systematik betrieblicher Ertrag- und Substanzsteuern und der Vermögensaufstellung

Von Dipl.-Hdl. **OStR Günter Bauch** und  
Dipl.-Kfm., Steuerberater Dr. rer. pol. **Andreas Oestreicher**.  
5., überarbeitete Auflage 1993,  
422 Seiten mit 44 Abb. und Tabellen,  
Kt. DM 56,- / öS 409,- / sFr 54,30  
ISBN 3-8005-2013-3 · Band 1

### Kosten- und Leistungsrechnung

Eine Einführung

Von Dipl.-Kfm. **Manfred K. Götzinger**  
und Dipl.-Kfm. Dr. **Horst Michael**.  
6., überarbeitete und erweiterte Auflage 1993,  
268 Seiten, Kt. DM 35,- / öS 256,- / sFr 35,-  
ISBN 3-8005-2012-5 · Band 2

### Produktionswirtschaft

Eine Einführung mit Anwendungen und Kontrollfragen

Von Prof. Dr. **Egon Jehle**, Dipl.-Kfm. Dr. **Klaus Müller**  
und Dipl.-Kfm. Dr. **Horst Michael**.  
Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Gert von Kortzfleisch.  
4., überarbeitete und erweiterte Auflage 1994,  
253 Seiten mit 130 Abb. und Tab.,  
Kt. DM 34,- / öS 248,- / sFr 34,-  
ISBN 3-8005-2018-4 · Band 4



Verlag Recht und Wirtschaft

Heidelberg

**Eine Million für FHM-Forschung**

Die Fachhochschule München hat von 10 Millionen Forschungsmittel des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie des gesamten Bundesetats für angewandte Forschung und Entwicklung eine Million Mark für Top-Projekte erhalten. Mit einem Anteil von 10% ist sie in der Förderrangliste somit Spitzenreiter unter den deutschen Fachhochschulen. Von den insgesamt 50 dotierten Anträgen waren 5 Professoren der Fachhochschule München erfolgreich:

*Prof. Dr. Hans-Christian Alt*, FB Feinwerk- und Mikrotechnik/Physikalische Technik, mit dem Projekt „FTIR-Analytik in Silizium“.

Ziel des Projekts ist es, mittels IR-Absorptionsspektroskopie den Gehalt an typischen flachen Donatoren und Akzeptoren in Silizium (P, As und Sb bzw. B, Al und Ga) im sub-ppm-Bereich quantitativ zu erfassen. Die Anforderungen an den Werkstoff Silizium als Ausgangsmaterial für die Elektronik hinsichtlich Reinheit bzw. gezielter Dotierbarkeit werden durch die Entwicklung vergrößerter Kristalldurchmesser, zunehmende Miniaturisierung und Forderung nach verbesserten Wirkungsgraden (Solarzellen) immer höher. Mit der IR-Methode ist es möglich, bei tiefen Temperaturen (~10K) Nachweisempfindlichkeiten von  $10^3$  ppb zu erreichen.

*Prof. Dr. Dieter Haller*, FB Feinwerk- und Mikrotechnik/Physikalische Technik, mit dem Projekt „Effiziente Finite-Element-Modellierung und Simulation mehrlagiger Leiterplatten“.

Zunehmende Qualitätsanforderungen führen dazu, daß in der Elektronikindustrie frühzeitig im Entwicklungsprozeß Abschätzungen der Lebensdauer von Komponenten und Baugruppen erforderlich sind.

Das Forschungsprojekt verfolgt das Ziel einer realisti-

scheren Berechnung der Lebensdauer von elektrotechnischen Komponenten auf Leiterplatten als dies gegenwärtig möglich ist. Dazu sollen Konzepte erarbeitet werden, die eine wirklichkeitsnahe Modellbeschreibung mehrlagiger Leiterplatten auf der Grundlage der Finite-Element-Methode gestatten sollen. Die Ergebnisse sollen in eine Software einfließen, mit der dem Elektronikentwickler ein einfach bedienbares, weitestgehend rechnergestütztes Werkzeug für die Lebensdauerberechnung an die Hand gegeben werden soll.

*Prof. Dr. Helmut Herberg*, FB Feinwerk- und Mikrotechnik/Physikalische Technik, mit dem Projekt „Eine neuartige Anlage für Mikrolithografie in der Mikrosystemtechnik“.

Im Labor „Mikrosystemtechnik“ der FH München sollen neuartige mikrooptische Komponenten zum Bau einer Lithografieanlage eingesetzt werden. Ziel ist die besonders kostengünstige Herstellung von Strukturen (Masken oder auch Kleinserien) im Bereich von 1-100 Mikrometern, wie etwa von kleinen und mittleren Unternehmen aus dem Bereich der Sensorik und Aktorik verwendet werden.

*Prof. Dr. Georg Kinshofer*, FB Feinwerk- und Mikrotechnik/Physikalische Technik, mit dem Projekt „Messung von passiven optischen Netzen“.

Passive optische Netzwerke werden heute nicht nur im Bereich der Datenfernübertragung, sondern zunehmend auch in der Datennahübertragung eingesetzt. Die hohe Dichte der Datennahübertragung bedingt eine meßtechnische Selektion der Endteilnehmer bzw. der Netzwerkknotenpunkte. Ziel dieses Forschungsvorhabens ist die anwendungsorientierte Meßtechnik zum Zwecke der Übertragungssicherheit.

*Prof. Helmut Wassermann*, FB Elektrotechnik, mit dem Projekt „Versica artificialis implantabilis - künstliches harnleitendes System“.

**Zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen/-abschlüssen**

*Entschießung des 183. Plenums der HRK vom 10.11.1997*

Für die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen (-programmen) und entsprechenden Abschlüssen sollten nach Auffassung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) die folgenden Grundsätze beachtet werden:

1. Die genannten Programme und Abschlüsse sollten sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen angeboten werden können.
  2. Bachelor- und Master-Programme sollten – wie alle anderen Studiengänge – in einem an internationalen Standards orientierten, noch näher zu gestalten den bundeseinheitlichen Verfahren evaluiert und akkreditiert werden. Hierzu ist eine Vereinbarung zwischen den Ländern und der HRK anzustreben. Bis zur Realisierung eines solchen Akkreditierungsverfahrens sollten Bachelor- und Master-Programme modellhaft erprobt werden können.
  3. Der einzelnen Hochschule bzw. den einzelnen Fakultäten/Fachbereichen sollte überlassen bleiben, ob und in welchen Fächern für ausländische und/oder deutsche Studierende Bachelor- und Master-Programme eingeführt werden. Jedenfalls in der Erprobungsphase sollten diese Programme parallel zu den deutschen Diplom- und Magisterstudiengängen angeboten werden.
  4. Die Studiengänge zum Bachelor-/Masterabschluß sollten eigenständige Programme mit modularem Aufbau sein.
  5. Beide Studienprogramme sollten so gestaltet werden, daß ihre Abschlüsse jeweils berufsqualifizierend sind.
  6. Wenn Masterprogramme konsekutiv auf Bachelor-Studiengängen aufbauen, muß im Bedarfsfall eine Studienfinanzierung nach dem BAföG möglich sein.
  7. Die Aufnahme in ein Masterprogramm sollte nach erfolgreich absolviertem Erststudium eine besondere Zulassungsentscheidung der Fakultät/des Fachbereichs voraussetzen. Näheres sollte in der Studienordnung geregelt werden.
  8. Die von Universitäten und Fachhochschulen vergebenen Bachelor- und Mastergrade sollten nicht durch die Hochschulart bezeichnende Zusätze – z.B. "(FH)" – unterschieden werden, jedoch sollte das Leistungsprofil der jeweiligen Hochschule zum Ausdruck kommen. Hierzu sollten auf der Prüfungsurkunde neben der verleihenden Hochschule die wesentlichen Inhalte des Curriculums und die Studienzzeit aufgeführt werden ("diploma supplement").
  9. Zur Wertigkeit der Universitäts- und Fachhochschuldiplome bzw. Magistergrade an Universitäten gegenüber den Bachelor- und Mastergraden wird auf folgendes hingewiesen:
    - a) Im anglo-amerikanischen Hochschulsystem wird zwischen dem dreijährigen und dem vierjährigen Bachelor-Programm als "Honors-Degree" (mit fachlicher Vertiefung, Prüfung und schriftlicher Abschlußarbeit) unterschieden.
    - b) Masterprogramme können entweder zwei Jahre umfassen (im Anschluß an ein dreijähriges Bachelor-Programm) oder ein Jahr (nach dem o.g. vierjährigen Bachelor-Programm).
    - c) Mastergrade berechtigen – bis auf wenige Ausnahmen (professional degrees) – grundsätzlich zur Aufnahme von Promotionsstudien. Je nach Dauer und Inhalt des Masterstudiums kann die Zulassung zu Promotionsstudien bzw. die Annahme als Doktorand mit der Auflage verbunden werden, vor Beginn der Arbeit an der Dissertation oder parallel zu ihr weitere bei der Zulassung/Annahme bezeichnete Studien zu betreiben.
  10. Vor diesem internationalen Hintergrund geht die HRK davon aus, daß das Diplom nach dreieinhalb- bis vierjährigen Studiengängen an Fachhochschulen dem "Bachelor-Honors" und daß das Diplom an Universitäten dem Master entspricht.
- Die HRK schlägt vor, den Inhabern von qualifizierten Abschlüssen eines Masterprogramms die Möglichkeit einzuräumen, sich um die Zulassung zum Promotionsstudium/Annahme als Doktorand (in) zu bewerben. Die Entscheidung über die Zulassung zu Promotionsstudien bzw. die Annahme als Doktorand(in) trifft der Promotionsausschuß der jeweiligen Fakultät/des jeweiligen Fachbereichs der Universität (vgl. HRK-Empfehlung zum Promotionsstudium vom 6. Juli 1996, Bonn 1996, S. 18 ff. (Dokumente zur Hochschulreform 113/1996)).
- Die Entscheidung soll aufgrund einer differenzierten und fachspezifischen Betrachtungsweise individuell und "sur dossier" erfolgen, da die Fähigkeit zur vertieften wissenschaftlichen Arbeit im Rahmen eines Promotionsvorhabens von den vorher erfolgreich abgeschlossenen Curricula, insbesondere aber von der Kandidatin/dem Kandidaten selbst abhängig ist.

Allein in Deutschland gibt es jährlich 3.500 bösartige Neuerkrankungen des menschlichen Blasenapparates, die in ca. 30 Prozent der Fälle durch eine Radikal-Zystektomie erfolgversprechend behoben werden können. Alle bisherigen Ersatzsysteme funktionieren nicht zufriedenstellend. Die Medizin fordert eine komplette implantierbare Kapsel mit einer möglichst großen Annäherung an das natürliche System, in die sämtliche aktorische energie- und steuerungstechnische Teile integriert sein müssen. Daraus ergibt sich ein äußerst komplexes interdisziplinäres Forschungsvorhaben. Dieses Forschungsprojekt, an dem zwei Universitäten und Fraunhofer-Gesellschaften mitarbeiten, lassen auch für Studierende und Diplomanden der FH München ein interessantes Betätigungsfeld erwarten.

### Fachhochschulen im zweisprachigen Bildband

Die Vielfalt der deutschen Fachhochschullandschaft präsentiert sich in einem großen Bildband, den die Präsidenten von Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und Deutschem Akademischem Austauschdienst (DAAD) am 8. November 1997 gemeinsam der Öffentlichkeit in Bonn vorstellten. Das 320 Seiten umfassende Buch, das mit Unterstützung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft realisiert werden konnte, enthält Porträts aller deutschen Fachhochschulen in deutscher und englischer Sprache. Darüber hinaus befassten sich mehrere Essays mit Geschichte und Gegenwart der Deutschen Fachhochschulen. Ein umfangreicher Anhang dokumentiert das Hochschul- und Forschungssystem der Bundesrepublik in graphischen Darstellungen.

„Internationalität ist ein integraler Bestandteil des Profils der Fachhochschulen“ so Präsident *Berchem*.

## Die umfassende Dokumentation der Hochschulen in Deutschland



### Universitäten in Deutschland / Germany

Hrsg. von Christian Bode, Werner Becker, und Rainer Klofat. In Verbindung mit DAAD und HRK. In Deutsch und Englisch. 320 Seiten mit 364 überwiegend farbigen Abbildungen. ISBN 3-7913-1496-3. DM 78.-  
»Dieser aufwendige Text-Bildband erzählt, wie das deutsche Universitätssystem funktioniert und bietet eine Fülle an Informationen.« FAZ



### Fachhochschulen in Deutschland / Germany

Hrsg. von Christian Bode, Werner Becker, Claudius Habbich und Rainer Klofat. In Verbindung mit DAAD und HRK. In Deutsch und Englisch. 320 Seiten mit 386 Abb. ISBN 3-7913-1844-6. DM 78.-  
Die wichtige Dokumentation informiert ausführlich über sämtliche Fachhochschulen in Deutschland



Mandlstraße 26  
80802 München

## TQL98 – Tagung Qualitätsmanagement in der Lehre

am Mittwoch, dem 04.02.1998 in der Fachhochschule Wiesbaden

**Qualitätsmanagement in der Lehre** ist das Thema einer Tagung, die am 4. Februar in der Fachhochschule Wiesbaden stattfinden wird. Hier sollen Ansätze zur Verbesserung der Lehre diskutiert werden, die in der Industrie und zunehmend auch im Dienstleistungs- und Weiterbildungsbereich zu einem neuen Verständnis von Qualität und zu deutlicher Qualitätsverbesserung geführt haben, nämlich Qualitätsmanagementsysteme gemäß der Normenfamilie ISO 9000 ff. Die Grundidee der Normenreihe ist es, möglichst alle Abläufe, die für die Qualität eines Produkts oder einer Dienstleistung von Bedeutung sind, zu erfassen und einzuhalten. Qualitätsstandards festzulegen. Weiterhin ist nachzuweisen, wie die Einhaltung dieser Qualitätsstandards sichergestellt wird und über Regelkreise dafür Sorge getragen wird, daß nicht zufriedenstellende Prozesse verbessert werden. In diesem Sinne belegt die Einhaltung der Norm die *Qualitätsfähigkeit* einer Organisation. Eine wesentliche Stärke dieses Ansatzes liegt in der Festlegung von Prozeduren, die zu einem *kontinuierlichen* Verbesserungsprozeß in der Lehre führen und insbesondere auch die Umsetzung entsprechender Maßnahmen sicherstellen. Die Tagung wird veranstaltet vom hessischen Arbeitskreis „Qualitätsmanagement in der Lehre“ und findet unter der Schirmherrschaft der HRK statt. Weitere Informationen erhalten Sie bei der folgenden Adresse:

FH Wiesbaden, Prorektorin Prof. Dr. M. Greif, Kurt-Schumacher-Ring 18, 65197 Wiesbaden, Tel.: (06 11) 94 95-103, Fax (06 11) 94 95-106, E-mail: [tq198@fh-wiesbaden.de](mailto:tq198@fh-wiesbaden.de), oder unter <http://www.fh-wiesbaden.de>.

Prof. Dr. Michael Stawicki, FH Wiesbaden, Kurt-Schumacher-Ring 18, 65197 Wiesbaden

### Programm

- |  |  |
|--|--|
| <p>9.15 <b>Begrüßung</b><br/>durch den HRK-Vizepräsidenten, Prof. Clemens Klockner</p> <p>9.30 <b>Eröffnung:</b><br/>„Die Verantwortung der Hochschulen für die Qualität der Lehre – und die Mitverantwortung des Staates“<br/>(Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst)</p> <p>10.00 „ISO 9000 – Erfahrungsbericht aus einem technischen Entwicklungszentrum“<br/>(Dr. Werner Rühl, Adam Opel AG)</p> <p>10.45 <b>Pause</b></p> <p>11.15 „Qualitätsmanagement im Bildungssektor“<br/>(Dipl.-Ing. Horst Fuhr, DGQ)</p> <p>12.00 <b>Mittagspause</b></p> <p>13.30 „Ansätze zum Qualitätsmanagement in der Lehre“<br/>(Prof. Dr. Michael Stawicki, Wiesbaden)</p> | <p>14.00 „Ein Qualitätsmanagementsystem für den Fachbereich Wirtschaft der FH Schmalkalden“<br/>(Prof. Dr. Wolf Rieck, Schmalkalden)</p> <p>14.30 „Ein Qualitätsmanagementsystem für einen technischen Fachbereich“<br/>(Prof. Dr. Ralph Stengler, Darmstadt)</p> <p>15.00 <b>Diskussion</b></p> <p>15.30 <b>Kaffeepause</b></p> <p>16.00 <b>Podiumsdiskussion:</b><br/>„Qualitätsmanagement – ein Weg zur besseren Lehre?“<br/>Moderation: Dr. Georg Kolle-Gögen (BASF);<br/>Teilnehmer:<br/>Prof. Dr. Monika Greif (FH Wiesbaden), Dr. B. Hartung (HIS GmbH), Prof. Dr. Detlef Müller-Böling (CHE), Dr. André Warner (PSI), Studierende</p> <p>17.00 <b>Ende</b></p> |
|--|--|

**TAGUNG**

**Leistungsanreize  
in der Hochschule  
- Möglichkeiten und Grenzen -**

*Symposium des hlb-Landesverbandes  
Nordrhein-Westfalen*

Freitag, 13. Februar 1998  
10.00 Uhr bis ca. 17.00 Uhr  
Düsseldorf  
Airport-Hotel Lindner  
Unterrather Str. 108

War „Gruppenuniversität“ das Reizwort der Nach-68iger-Ära, so scheint „Leistungsorientierung“ das Reiz- und Modewort der laufenden Hochschuldebatte zu werden. Doch welche Leistung soll wie gemessen, verglichen und belohnt werden?

Wird es eine „leistungsorientierte Komponente“ der Hochschullehrerbesoldung geben; wer legt die Kriterien für die Beurteilung fest?

Sind neue, innovative Konzepte nicht mehr zu verwirklichen, da Leistungsbeurteilung nur zurückliegende Zeiträume berücksichtigen kann?

Fragen, die beantwortet werden müssen, bevor u.U. verhängnisvolle Entscheidungen gefällt werden. Der hlb-Nordrhein-Westfalen wird hierzu kompetente Sachkenner einladen, die überwiegend aus ersten Erfahrungen in Modellversuchen berichten können. Die Vorträge werden in einem Symposiumsband zusammengefaßt.

Als Referenten werden erwartet:  
**Staatssekretär Dr. Wolfgang Lieb**, Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes NW, Düsseldorf

**Min. Dir. Hans Rainer Friedrich**, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Bonn

**Prof. Dipl.-Kfm. Günther Edler**, Mönchengladbach (ehemals Fachhochschule Niederrhein)

**Prof. Dr. Peter Schulte**, Rektor der Fachhochschule Gelsenkirchen

**H. Fuhrmann**, FU-Berlin

**Dr. R. Richter**, Wissenschaftliches Sekretariat für Studienreform in NRW

**Tagungsgebühr**

inkl. Lunchbuffet und Kaffee:  
DM 50,00 für hlb-Mitglieder  
DM 85,00 für Nicht-Mitglieder

**Vorbestellungen** des Symposiumsbandes und Anmeldung zum Symposium bitte an die:

Geschäftsstelle des hlb-NW,  
Postfach 1109, 58803 Neuenrade,  
Telefon und Fax (023 92) 64 771

**LESERBRIEF**

**Bundespräsident bei  
Fachhochschulen**

Hier Dunkelziffer!  
(s. DNH 3/97, S. 22)

Aller guten Dinge sind drei. Besser vielleicht sind vier, zumal wir bekanntlich ab  $n=4$  Statistik treiben können. Wenn ich das Geheimnis lüften darf:

Es gab mindestens einen ersten Präsidentenbesuch, der den von Ihnen gezählten Besuchen vorausging. Bundespräsident *Walter Scheel* kam im Mai vor einundzwanzig Jahren auf Einladung von Präsident *Professor Udo G. Brandt* per Hubschrauber nach Nürnberg zur Georg-Simon-Ohm FH, landete auf der Wöhrder Wiese und ließ sich in der FH darüber informieren was Sache war.

Natürlich ist auch  $n=4$  immer noch wenig. Woran liegt es? Ich vermute mal, unsere Präsidenten und Rektoren haben Scheu, den Hohen Herrn aus Bonn bzw. Berlin einzuladen. Das muß anders werden.

Mit kollegialen Grüßen  
**Prof. Dr. Dipl.-Phil. Dietrich Grille**  
Vorsitzender des VHB  
Verband der Hochschullehrer an  
Fachhochschulen in Bayern e.V.  
Lothstr. 34  
80335 München

**Verband der Hochschullehrer an  
bayerischen Fachhochschulen  
(VHB)**

Die Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschullehrer- und Hochschulgesetzes finden Sie unter:

[http://www.fh-muenchen.de/home/guests/vhb/d\\_vhb-juli.html](http://www.fh-muenchen.de/home/guests/vhb/d_vhb-juli.html)

**FH-TRENDS**

**Grünes Licht für 1. Europa-Studiengang Elektrotechnik,  
FH Hamburg**

Mit einem Startgeld von rund 34.000 DM aus dem Brüsseler SOKRATES-Programm kann jetzt der erste europäische Studiengang Elektrotechnik entwickelt werden. Im Jahre 2000 sollen erstmals 30 bis 40 Studenten davon profitieren.

An der Lehrplan-Entwicklung sind neun Hochschulen aus sechs Ländern beteiligt: Finnland, Frankreich, Großbritannien, Portugal, den Niederlanden und Deutschland. Koordinator ist Professor Dr. Hubert Lagemann, ehem. Vorsitzender des hlb-Hamburg, vom Fachbereich Elektrotechnik und Informatik der Fachhochschule Hamburg.

Das vierjährige Studium besteht zu 50% aus Auslandsaufenthalten von jeweils einem Jahr an zwei Partnerhochschulen in zwei Ländern. Es schließt ein Industriesemester ein und mit den in den jeweils besuchten Ländern üblichen Titeln ab. Beispiel: Diplom/Master/Maître. Ein Abschluß nach drei Jahren Studium ist ebenfalls möglich.

Für die Studierenden liegen die Vorteile auf der Hand: Während die Elektrotechnik-Studenten an der Fachhochschule Hamburg nach dem Grundstudium zur Zeit nur zwischen vier Schwerpunkten wählen können, verdreifacht sich das Angebot. Wer sich beispielsweise für Telekommunikation interessiert, kann in Finnland oder den Niederlanden studieren. Wer sich in Optoelektronik spezialisieren möchte, kann dies in Frankreich tun.

**Europäisches Baumanagement  
(ECEM), Oldenburg**

Der Studiengang European Civil Engineering Management (ECEM) an der FH Oldenburg verbindet die klassische Ausbildung im Bauingenieurwesen mit einer Managementausbildung und vermittelt neben Fremdsprachenkenntnissen auch soziale und kulturelle Kompetenz auf der Basis eines ein- bis zweijährigen Auslandsstudiums. Das dreisebstmestriige Grundstudium wird in

Oldenburg absolviert und konzentriert sich auf die technischen und betriebswirtschaftlichen Grundlagen als Vorbereitung auf das Praxissemester, das zu Beginn des fünfsemestriigen Hauptstudiums im Ausland abgeleistet wird. Im Anschluß daran folgen zwei Theoriesemester an der gewählten Partnerhochschule, wobei neben einem einheitlichen Rahmenprogramm unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden können. Das Studium schließt mit dem 7. theoretischen und 8. praktischen Semester in Oldenburg ab. Partnerhochschulen sind die University of Wolverhampton (UK), Hanze Hogeschool van Groningen (NL), Technische Universität Stettin (PL), Tschechische Technische Universität Prag (CZ), Polytechnische Hochschule Ybl Myklos Budapest (H) und Aalborg Universität Esbjerg (DK). Der Kreis der ECEM Partnerhochschulen soll in Kürze nach Frankreich, Spanien und Schweden erweitert werden.

**International Business/International Engineering, Dortmund, Münster, Aachen**

Mit dem Studiengang International Business bietet die FH Dortmund im Fachbereich Wirtschaft eine international orientierte Ausbildung an, die sich durch integrierte Auslandssemester auszeichnet. Die Studierenden können zwischen der Deutsch-Britischen, Deutsch-Niederländischen und Deutsch-Französischen Variante wählen.

Internationale Studiengänge im European Business Programme und im European Engineering Programme werden in den Fachbereichen Wirtschaft und Elektrotechnik der FH Münster angeboten. Zum achtsemestriigen Studium gehören zwei Praxissemester von je sechs Monaten, eines davon ist im Ausland zu absolvieren.

Drei internationale Studiengänge in Wirtschaftswissenschaften bietet die FH Aachen im kommenden Semester an: den deutsch-britischen, den integrierten deutsch-französischen und den europäischen Studiengang Wirtschaft.

● **Technik/Informatik/  
Mathematik**

**Digitaltechnik**

J. Borgmeyer (FH Konstanz)  
Carl Hanser-Verlag,  
München/Wien 1997

**Environmental Software Systems,  
Vol. 2**

R. Denzer (FH Saarbrücken)  
D. A. Dwayne, G. Schimak  
Chapman & Hall, UK, 1997

**Innovative Ingenieurwerkstoffe**

N. Jost (FH Pforzheim), Beiträge aus  
dem Bereich Technik der  
FH Pforzheim, Nr. 87, 1997

**Industrie und Fachhochschule - Partner  
in Forschung und Entwicklung**

Dokumentation zum Fachhochschul-  
tag 1997 der FH Gießen-Friedberg  
B. Kampschulte, u.a. (FH Gießen-  
Friedberg)  
FB Elektrotechnik II, FH Gießen-Fried-  
berg, 1997

**Eigenschaften von Energiekabeln und  
deren Messung**

E. Kuhnert und F. Wiznerowicz  
(FH Hannover),  
2. überarbeitete Auflage  
Verlags- u. Wirtschaftsgesellschaft der  
Elektrizitätswerke m.b.H. - VWEW,  
Frankfurt am Main, 1997

**Einführung in die Fourier-Analyse**

B. Lenze (FH Dortmund)  
Logos Verlag, Berlin 1997

● **Betriebswirtschaft/Wirtschaft**

**Qualitätsmanagement im Personalbe-  
reich**

M. Kolb und G. Bergmann  
(FH Pforzheim)  
Verlag moderne industrie,  
Landsberg 1997

**Geschäftsbericht, ein Leitfaden für  
Aufstellung, Gestaltung und Offenle-  
gung**

C. Meyer (FH Pforzheim)  
2. Auflage, Stuttgart 1997

**Marketing: Strategie und Realisierung**

D. Pflaum und E. Adolf  
(FH Pforzheim)  
Hanser, München 1996

**Strategien der Personalentwicklung**

Hrsg. von H.-C. Riekhof  
(FH Göttingen), 4. Auflage  
Gabler Verlag, Wiesbaden 1997

**Gabler Wirtschaftsinformatik-Lexikon**

K.-H. Rau, Mitherausgeber, G. Botsch,  
M. Kim, P. Kloz, M. Kolb,  
H. Niedetzky, K. Porkert, A. Schätter  
(FH Pforzheim) u.a.  
Betriebswirtschaftlicher Verlag  
Dr. Th. Gabler, Wiesbaden 1997

**Betriebswirtschaftslehre**

O. Schneck (FH Albstadt-Sigmaringen)  
Reihe Betriebswirtschaft und Manage-  
ment; Hrsg. von O. Schneck  
Campus Verlag, Frankfurt/New York  
1997

**Organisation**

Ein anwendungsorientiertes Lehrbuch  
mit Fallbeispielen  
M. van Geldern  
Reihe Betriebswirtschaft und Manage-  
ment  
Hrsg. von O. Schneck (FH Albstadt-  
Sigmaringen)  
Campus Verlag, Frankfurt/New York  
1997

**Überzeugungsstrategien in der Wer-  
bung**

Eine Längsschnittanalyse von  
Zeitschriftenanzeigen des 20. Jahrhun-  
derts  
C. Wehner (FH Pforzheim)  
Westdeutscher Verlag, Opladen 1996

**Technischer und wirtschaftlicher  
Wandel in der Stahlindustrie sei den  
sechziger Jahren unter besonderer  
Berücksichtigung Nordrhein-Westfa-  
lens**

H. Wienert (FH Pforzheim)  
Untersuchungen des Rheinisch-West-  
fälischen Instituts für Wirtschaftsfors-  
chung, Heft 20. Essen 1996

**Perspektiven der Weltstahlindustrie  
und einige Konsequenzen für den An-  
lagenbau**

H. Wienert (FH Pforzheim)  
Beiträge aus dem Bereich Wirtschaft  
der Hochschule für Gestaltung, Tech-  
nik und Wirtschaft Nr. 77, Pforzheim  
1997

● **Recht**

**Bausteine des Privatrechts**

H.-J. Bauschke und H.-D. Braun  
(FH Bund)  
Bund-Verlag, Köln 1996

**Bausteine des öffentlichen Rechts**

H.-J. Bauschke und H.-D. Braun  
(FH Bund)  
Bund-Verlag, Köln 1997

**Allgemeines Verwaltungsrecht, Ver-  
waltungsverfahren und Verwaltungs-  
prozeß**

H.-D. Braun, U. Kanzok, H.-L. Müller  
(FH Bund)  
4. Auflage

Walhalla Fachverlag,  
Regensburg 1997

● **Soziologie/Gesellschaft**

**Hochschulen in Deutschland**

Forschung und Lehre für das nächste  
Jahrtausend  
Hrsg. von J. Goebel (FH Schmalkal-  
den)  
Reihe Schmalkalden  
Lit Verlag, 1997

**Ambulante Erziehungshilfen**

Eine Orientierung für Ausbildung und  
soziale Berufe  
R. Gründer (FH Dortmund)  
Freiburg, 1997

**Ästhetik des Reisens**

P. Pockock (FH Pforzheim) und Coau-  
toren  
Kunstforum International, Bd. 137,  
1997

**Staatliche Sozialpolitik in Deutschland**

Historische Entwicklung und theoretische  
Analyse von den Ursprüngen bis  
1918  
E. Reidegeld (FH Dortmund)  
Opladen 1996

**Differentielles Leistungsangst Inven-  
tar (DAI)**

H. Rost (Univ. Marburg) und F.J.  
Schermer (FH Würzburg-Schweinfur-  
Aschaffenburg)  
Swets Tests Services,  
Frankfurt am Main 1997

**Der Hochschullehrerbund:  
die Vertretung der Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen.**



**Ihr Anwalt**

Der *hlb* vertritt folgende Positionen:

1. Forschung und Entwicklung ist als Aufgabe der Fachhochschulen in allen Bundesländern festzuschreiben.
2. Um Forschung dauerhaft betreiben zu können, benötigen die Fachhochschulen wissenschaftliche Mitarbeiter, die befristet an Forschungsprojekten arbeiten. Ihnen muß die Möglichkeit zu anwendungsorientierter Weiterqualifizierung geboten werden. Sie sind nicht mit der selbständigen Durchführung von Lehraufgaben zu betrauen.
3. In den Fachbereichen werden die typischen Leistungen der Hochschulen in Lehre und Forschung erbracht. Daher ist ihre Position gegenüber der Hochschulleitung zu stärken.
4. In den akademischen Leitungs- und Kontrollorganen muß der Dienstleistungsgedanke gestärkt werden.
5. Evaluierung muß Aufwand und Ertrag im Auge behalten.
6. Die Fachhochschulen sollten vermehrt Studiengänge auch in Konkurrenz zu den Universitäten anbieten.
7. Nur eine auf C 3 aufbauende Besoldungsstruktur wird den besonderen Leistungsanforderungen an Professoren an Fachhochschulen gerecht.
8. Fachhochschulabsolventen müssen einen direkten Zugang zu den Laufbahnen des höheren Dienstes erhalten.

**Ihr Dienstleister**

... **gut beraten:** Besoldung, Beihilfe, Versorgung; wir beraten Sie persönlich und vertraulich.

... **ganz sicher:** Kennen Sie Ihre besondere Verantwortung gegenüber den Studierenden und Einrichtungen der Hochschule? Der *hlb* hat seine Mitglieder gegen Ansprüche aus Schadensfällen versichert.

... **im Recht** zu sein bedeutet nicht, immer Recht zu bekommen. Die Mitglieder des *hlb* erhalten uneingeschränkten Rechtsbeistand durch diesen verbandseigenen Rechtsschutz.

... **umfassend informiert:** Die Fachzeitschrift *Die Neue Hochschule* informiert Sie aktuell über die Entwicklungen in den Fachhochschulen und in der Hochschulpolitik.

**Berufspolitik, Erfahrungsaustausch, Beratung, Haftpflicht,  
Rechtsschutz und Information bietet der *hlb* zu einem  
Monatsbeitrag, der zwischen 15 und 20 DM liegt!**



## Baden-Württemberg

Prof. Rudolf Bott, FH Pforzheim  
 Prof. Werner Burkard, Wirtschaftsinformatik mit den Schwerpunkten Softwaretechnik und Rechnerkommunikation, FH Pforzheim  
 Prof. Dr. Rainer Gildesgen, Europäisches und internationales Wirtschaftsrecht, FH Pforzheim  
 Prof. Dr. Dr. Wolfgang Gohout, Quantitative Methoden und Volkswirtschaftslehre, FH Pforzheim  
 Prof. Dr. Wolf-Henning Rech, Hochfrequenztechnik und Physik, FH Pforzheim  
 Prof. Dr. Rainer Jurowsky, Allgemeine und besondere Steuerlehre/wirtschaftliches Prüfungswesen, FH Pforzheim  
 Prof. Dr. Marianne Katz, Angewandte Informatik, FH Karlsruhe  
 Prof. Dr.-Ing. Klaus Möller, Distributionslogistik und Verkehrsmanagement, FH Pforzheim  
 Prof. Dr. Wolff Parmentier, Baubetrieb, FH Karlsruhe  
 Prof. Thomas Pekny, Mode mit Schwerpunkt experimentelles Gestalten, FH Pforzheim  
 Prof. Dr. Heinz Saler, Vermessungskunde, Geographische Informationssysteme, Behördliches Vermessungswesen, FH Karlsruhe  
 Prof. Dr. Joachim Schuler, Wirtschaftsinformatik mit den Schwerpunkten Systementwicklung und betriebswirtschaftliche Anwendungssysteme, FH Pforzheim  
 Prof. Dr. Herwig Tilly, Instrumente des Marketing, FH Pforzheim  
 Prof. Dr. Barbara Tybussek, Wirtschaftsprivatrecht, FH Pforzheim  
 Prof. Dr.-Ing. Roland Wahl, Produktion und Fertigungstechnik, FH Pforzheim  
 Prof. Dr. Martin Weiblen, Betriebswirtschaft, Controlling, FH Pforzheim  
 Prof. Dr. Helmut Wienert, Volkswirtschaftslehre sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte, FH Pforzheim  
 Prof. Dr. Klaus Wolfrum, Energietechnik, Elektronik und Elektrische Meßtechnik, FH Karlsruhe  
 Prof. Dr. Udo Wupperfeld, Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Marketing und Vertrieb, FH Pforzheim  
 Prof. Reinhard Schottmüller, Beschaffung und Supplymanagement, FH Pforzheim



## Bayern

Prof. Dr. Brigitte Bärnreuther, Automatisierungstechniken  
 FH Hof  
 Prof. Dr. Dieter Brosche, Energietechnik, Sicherheitswesen, Umweltschutz, FH München  
 Prof. Dr. Jürgen Gatz, Wirtschaftsenglisch, FH Hof  
 Prof. Dr. Richard Göbel, Kommunikationssysteme/ multimediale Anwendungen, Netzwerktechnik, FH Hof  
 Prof. Dr. Rudolf Huth, Landwirtschaft und Umweltsicherung, FH Weihenstephan  
 Prof. Dr.-Ing. Thomas Kögl, Bauabwicklung und Projektmanagement, FH Augsburg  
 Prof. Dr. Thomas Lauterbach, Physik, Elektronik, Bauphysik, FH Nürnberg  
 Prof. Dr. Udo Mandler, Rechnungswesen mit Schwerpunkt Internationale Rechnungslegung, FH Hof  
 Prof. Dr. Matthias Mungenast, Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Unternehmensführung und Personalwirtschaft, FH Hof  
 Prof. Dr. Steffen Rogg, Forstwirtschaft, FH Weihenstephan  
 Prof. Dr. Alois Scheuerlein, Land- und Ernährungswirtschaft, FH Weihenstephan  
 Prof. Dr. Wolfgang Tischner, Pädagogik, FH Nürnberg  
 Prof. Dr. Uwe Wienkop, Betriebssysteme, Compilerbau, Datenkommunikation und Rechnerarchitektur, FH Nürnberg



## Berlin

Prof. Dr. Georg Fuchs, Bauingenieurwesen, Schwerpunkt Stahlbau/Holzbau, FHTW Berlin  
 Prof. Dr. Reinhard Ginold, Wirtschaftsinformatik, FHTW Berlin  
 Prof. Dr. Thomas Kretschmar, DV-Anwendungen im Finanzdienstleistungsbereich, FHTW Berlin  
 Prof. Dr. Michael Kulka, Recht, FHTW Berlin  
 Prof. Dr. Thomas Pietsch, Wirtschaftsinformatik, HTW Berlin  
 Prof. Dr. Andrea Rumler, Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Marketing, FHTW Berlin  
 Prof. Dr. Markus Thiermeier, Betriebswirtschaft mit dem Schwerpunkt Unternehmensführung in kleineren und mittleren Unternehmen, FHTW Berlin  
 Prof. Dr. Helmut Wilke, Betriebswirtschaftslehre, Schwerpunkt Betriebliche Steuerlehre, FHTW Berlin



## Hessen

Prof. Dr. Hartmut Albrecht, Feinwerktechnik, FH Frankfurt  
 Prof. Dr. Bärbel Friedmann, Wirtschaft, FH Frankfurt  
 Prof. Dr. Rainer Luig, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, FH Giessen-Friedberg  
 Prof. Dr. Peter Müssig, Wirtschaft, FH Frankfurt  
 Prof. Dr. Joachim Pos, Bauingenieurwesen, FH Frankfurt  
 Prof. Christine Scheiblauber, Architektur, FH Frankfurt  
 Prof. Dr. Klaus Weber, Sozialarbeit, FH Frankfurt



## Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Jürgen Böhm-Rietig, Ingenieurmathematik und Wirtschaftsmathematik, FH Köln  
 Prof. Dr. Marion Siegers, Physik, FH Gelsenkirchen  
 Prof. Dr.-Ing. Sabri Anik, Energie- und Umweltschutztechnik, FH Aachen  
 Prof. Dr. Rainer Bartz, Allgemeine Regelungstechnik, FH Köln  
 Prof. Dr. Arnfried Bintig, Psychologie mit dem Schwerpunkt Rechtspsychologie und Klinische Psychologie, FH Köln  
 Prof. Dr. Heinz Willi Brenig, Versicherungsingenieurwesen, einschließlich Sachversicherung, FH Köln  
 Prof. Dr. Karin Christof, Statistik und Wirtschaftsmathematik, FH Gelsenkirchen, Abt. Bocholt  
 Prof. Dr. Jürgen Danielzik, Baubetriebslehre, insbesondere Baumaschinen und Bauverfahrenstechnik, FH Köln  
 Prof. Dr. Irene Fahrenhorst, Wirtschaft, FH Rhein-Sieg  
 Prof. Dr. Ursula Förster, Steuerlehre, FH Bochum  
 Prof. Dr. Holger Frenz, Prüftechnik und technische Mechanik, FH Gelsenkirchen (Abt. Recklinghausen)  
 Prof. Dr. Joachim Fulst, Mathematik, FH Bochum  
 Prof. Dr. Erich Hölter, Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Unternehmensplanung und -kontrolle, FH Köln  
 Prof. Dr. Rudolf Hoscheid, Baustofflehre, Baustofftechnologie einschließlich Bau- und Werkstoffprüfungen, FH Köln

Prof. Dr. Klaus-Peter Kämper, Mikromechanik, Mikrostrukturtechnik, Fertigungsverfahren zur Mikrosystemtechnik, FH Aachen  
 Prof. Dr. Stephan Keuchel, Volkswirtschaftslehre, Verkehrswirtschaft, Verkehrspolitik, FH Gelsenkirchen (Abt. Recklinghausen)  
 Prof. Dr. Karl Kohlhoff, Physik, insbesondere Halbleitertechnik, FH Köln  
 Prof. Dr. Rüdiger Küchler, Straßenwesen und Verkehrsplanung, FH Köln  
 Prof. Dr. Harald Kundoch, Wirtschaftsrecht FH Gelsenkirchen (Abt. Bocholt)  
 Prof. Oded Löwenbein, Wirtschaft, FH Rhein-Sieg  
 Prof. Dr. Andreas Müglic, Internationales Wirtschaftsrecht, FH Gelsenkirchen  
 Prof. Dr. Paul Naefe, Konstruktionslehre, FH Köln  
 Prof. Dr. Hermann Rösch, Informationsdienstleistungen und Informationsmittel, FH Köln  
 Prof. Dr. Ulrich Scherer, Nuklearchemie, insbesondere Radiochemie, FH Aachen  
 Prof. Dr. Georg Schreiner, Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Unternehmensplanung und -kontrolle, FH Köln  
 Prof. Dr. Karl-Heinz Schweig, Verkehrssysteme, -planung, und -steuerung, FH Gelsenkirchen, Abt. Recklinghausen  
 Prof. Dr. Marion Siegers, Physik, FH Gelsenkirchen (Abt. Recklinghausen)  
 Prof. Dr. Ernst-Rainer Sievers, Werkstofftechnik, Fügetechnik, FH Gelsenkirchen, Abt. Recklinghausen  
 Prof. Dr.-Ing. Manfred Staat, Biomechanik, FH Aachen  
 Prof. Dr.-Ing. Marie-Theres Steinhoff, Bauwesen, FH Bochum  
 Prof. Dr. Heinz Theisen, Politikwissenschaft, KFHNW (Abt. Köln)  
 Prof. Dr.-Ing. Albrecht Weinert, Datenverarbeitung, FH Bochum  
 Prof. Dr. Nikolaus Wolik, Mathematik, FH Bochum



## Niedersachsen

Prof. Dr. Reinhard Elsner, Produktionswirtschaft, Statistik, FH Ostfriesland  
 Prof. Dr.-Ing. Martin Pfeiffer, Entwerfen, Haustechnik, FH Hannover  
 Prof. Helga Sternkopf, Entwerfen, Hochbaukonstruktion, FH Hannover



## Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Peter Harth, Mathematik, FH Remagen  
 Prof. Dr. Rüdiger Jung, Betriebswirtschaftslehre, FH Remagen  
 Prof. Dr. Rolf-Dieter Reineke, Internationale Unternehmensberatung, FH Ludwigshafen



## Sachsen

Prof. Ines Bruhn, künstlerisch-gestalterische Grundlagen, FH Zwickau  
 Prof. Dr. Günter Höhn, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Verkehrsbetriebswirtschaftslehre, FH Zwickau  
 Prof. Christian Knoche, Baukonstruktion, FH Zwickau

Prof. Volker Schönwart, künstlerisch-gestalterische Grundlagen, FH Zwickau  
 Prof. Dr.-Ing. Andreas Schuster, Verkehrssystemtechnik, FH Zwickau  
 Prof. Dr. Michael Wiese, Pflegewissenschaftenmanagement, FH Zwickau



## Thüringen

Prof. Dr. Wilhelm Jacob, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, FH Schmalkalden  
 Prof. Dr.-Ing. Michael Kappert, Gebäudeleittechnik und Elektrotechnik, FH Erfurt  
 Prof. Dr. Friedrich Kugler, Wirtschaftswissenschaft, FH Schmalkalden  
 Prof. Dr. Manfred Meyer, Wirtschaftsinformatik, insbesondere Entwicklungsmethodik betrieblicher Anwendungssysteme, FH Schmalkalden



## Sachsen-Anhalt

Prof. Dr. Carola Griebel, Biochemie, FH Anhalt

## TAGUNG

### Wie weiter mit den sächsischen Fachhochschulen?

Diskussionsveranstaltung des hlb-Sachsen

Vortrag und Diskussion mit Staatsminister Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer

Mittwoch, 28. Januar 1998  
 15.00 Uhr bis ca. 17.00 Uhr  
 HTW Dresden  
 Haupteingang Friedrich-List-Platz

Folgende Themen stehen u. a. zur Diskussion

- Novellierung des HRG
- Umsetzung in Sachsen
- International anerkannte Studienabschlüsse
- Personalvertretungsrecht

Anmeldungen erbeten an:

Prof. Dr.-Ing. habil. Holger Theilig  
 hlb-Geschäftsstelle  
 HTWS Zittau/Görlitz  
 Fax (03583) 61 18 04